



HESSISCHER LANDTAG

06. 07. 84

23. Sitzung

Wiesbaden, den 6. Juli 1984

	Seite		Seite
Amtliche Mitteilungen	1389	Weimar	1405
Entgegengenommen	1389	Kiekheben-Schmidt	1407
Vizepräsident Lengemann	1389	Minister Clauss	1408
40. Verteidigung des Landesanwalts, seines Stellvertre- ters sowie eines richterlichen Mitglieds des Staats- gerichtshofes	1389	<i>Wilke</i>	1410
<i>Vollzogen</i>	1389	Präsident Dr. Lang	1413
Vizepräsident Lengemann	1389	28. Beschlußempfehlungen der Ausschüsse zu Petitio- nen — Drucks. 11/1505 —	1413
Dr. Sturm-Wittrock, Vizepräsidentin des Staats- gerichtshofs	1389	<i>Petition 77/XI dem Petitionsausschuß zurücküber- wiesen, Beschlußempfehlungen im übrigen ange- nommen</i>	1413
Vizepräsident Lengemann	1389	Präsident Dr. Lang	1413
8. B. b) Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Frak- tion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) und des Hessischen Richtergesetzes (HRiG) — Drucks. 11/1577 zu Drucks. 11/1537 und Drucks. 11/496 —	1389	26. Beschlußempfehlung und Bericht des Rechtsaus- schusses zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN betreffend Anhörung zur Situa- tion des Strafvollzuges in Hessen — Drucks. 11/1534 zu Drucks. 11/1443 —	1414
<i>In dritter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i>	1390	<i>Beschlußempfehlung angenommen</i>	1417
Schoppe	1389	Welteke	1413
Milde	1389	Milde	1413
Kurth	1390	Blaul	1414
Vizepräsident Lengemann	1390	Dr. Gerhardt	1414
<i>siehe auch Anlage</i>	1418	Welteke	1414
14. Dringlicher Antrag der Fraktion der F.D.P. betref- fend mittel- und langfristig gesicherte Abfallentsor- gung in Hessen — Drucks. 11/1027 —	1390	Präsident Dr. Lang	1414
<i>Abgelehnt</i>	1413	Meister	1414
Wilke	1390	Klemm	1416
Treber	1393	Weghorn	1417
Frank	1396	Präsident Dr. Lang	1417
Pawlik	1400	11. Antrag der Fraktion der SPD betreffend Bekämp- fung der Arbeitslosigkeit — Drucks. 11/867 —	
<i>Wilke</i>	1400	13. Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend die in Hessen lebenden Sinti und Roma — Drucks. 11/953 —	
<i>Kerschgens</i>	1402	15. Beschlußempfehlung und Bericht des Ältestenrats zu	
<i>Küchler</i>	1403	a) dem Antrag der Fraktion der GRÜNEN betref- fend Einsetzung von Sonderausschüssen (§ 15 GOHLT) Buchst. b — Drucks. 11/13 —	
<i>Badeck</i>	1403		
Wilke	1404		

Seite	Seite
<p>b) dem Antrag der Abg. Schilling, Kerschgens, Haibach-Walter, Treber, Kern, Brückner und Blaul (GRÜNE) betreffend Beschlußempfehlung des Hauptausschusses zur sog. NATO-Nachrüstung und zum Pershing-II-Gelände Frankfurt am Main-Hausen — Drucks. 11/224 — Drucks. 11/812 zu Drucks. 11/224 und Drucks. 11/13 —</p> <p>16. Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technik zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der GRÜNEN betreffend weitere Streckenstilllegungen der Bundesbahn — Drucks. 11/1365 zu Drucks. 11/649 —</p> <p>17. a) Große Anfrage der Fraktion der F.D.P. betreffend Maßnahmen des Landes zum Gewässerschutz — Drucks. 11/1269 zu Drucks. 11/368 — b) Antrag der Abg. Degen, Fischer, von Heusinger, Lengemann, Meister, Nassauer, Stanitzek, Windfuhr (CDU) und Fraktion betreffend Werra-Versalzung — Drucks. 11/1448 —</p> <p>18. Antrag der Abg. Wenderoth, Windfuhr, Schmidt (Schwalmstadt-Treysa) (CDU) und Fraktion betreffend Einrichtung von 5. Klassen an Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien im Schwalm-Eder-Kreis — Drucks. 11/1302 —</p> <p>19. Antrag der Abg. Windfuhr, Prof. Dr. Hamer (CDU) und Fraktion betreffend Hochschulgesamtp lan — Drucks. 11/1303 —</p> <p>20. Antrag der Abg. Windfuhr, Lauterbach, Prof. Dr. Hamer (CDU) und Fraktion betreffend Einführung von Praxissemestern als Bestandteil der Studiengänge an Fachhochschulen — Drucks. 11/1393 —</p> <p>21. Antrag der Fraktion der F.D.P. betreffend Abwicklung des Haushalts 1984 — Drucks. 11/1449 —</p> <p>22. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Genehmigungsverfahren für die Hanauer Nuklearbetriebe — Drucks. 11/1480 —</p> <p>23. Antrag der Abg. Blaul, Haibach-Walter, Schilling (GRÜNE) und Fraktion betreffend Verordnung über die Prüfungen an den Fachhochschulen für Sozialpädagogik vom 6. Mai 1982 — Drucks. 11/1483 —</p> <p>24. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Sonderschulen für Körperbehinderte — Drucks. 11/1497 —</p>	<p>25. Beschlußempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.) und Fraktion betreffend Realisierung des Hessischen Museumsentwicklungsplanes — Drucks. 11/1279 zu Drucks. 11/796 —</p> <p>27. Bericht des Untersuchungsausschusses 11/1 — Drucks. 11/1532 —</p> <p>29. Antrag der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.) und Fraktion betreffend Neuorganisation der Studien-seminare — Drucks. 11/1257 —</p> <p>31. Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten zu dem Antrag der Abg. Hartherz, Dr. Dr. Bökemeier, Hilfenhaus, Kahl, Kiekheben-Schmidt, Reichert, Schnabel (SPD) und Fraktion betreffend Folgen agrarpolitischer Entscheidungen auf EG- und Bundesebene für die hessische Landwirtschaft — Drucks. 11/1517 zu Drucks. 11/597 —</p> <p>32. Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten betreffend Vorlage des Hessischen Ministers für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten „Hessen im Agrarbericht der Bundesregierung 1984“ — Drucks. 11/1518 —</p> <p>33. Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend Arbeitsstätten-Verordnung in Einrichtungen des öffentlichen Dienstes — Drucks. 11/1533 zu Drucks. 11/794 —</p> <p>34. Beschlußempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Krankenhäuser in Gedern, Laubach und Tann/Rhön — Drucks. 11/1535 zu Drucks. 11/626 —</p> <p>35. Beschlußempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der F.D.P. betreffend Antrag der Fraktion der CDU betreffend Krankenhäuser in Gedern, Laubach und Tann/Rhön — Drucks. 11/626 — — Drucks. 11/1536 zu Drucks. 11/951 —</p> <p>38. Dringlicher Antrag der Fraktion der F.D.P. betreffend Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen zur Erweiterung der Möglichkeiten von Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung im öffentlichen Dienst — Drucks. 11/1552 —</p> <p><i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> 1414 Präsident Dr. Lang 1414</p>

Im Präsidium:

Präsident Dr. Lang
Vizepräsident Lengemann
Vizepräsident Schmidt
Vizepräsident Kern
Vizepräsident Ernst

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Börner
Minister des Innern Winterstein
Minister der Finanzen Krollmann
Minister der Justiz Dr. Günther
Kultusminister Schneider
Ministerin für Wissenschaft und Kunst Dr. Rüdiger
Minister für Wirtschaft und Technik Dr. Steger
Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales Clauss
Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz Görlach
Staatssekretär Bartholomäi
Staatssekretär Dr. Dethloff
Staatssekretär Suchan
Staatssekretärin Vorbeck
Staatssekretär Dr. Burckhardt
Staatssekretär Dr. Schmidt
Staatssekretär Dr. Steinhäuser
Staatssekretär Jordan

Abwesende Abgeordnete:

Demke
Engel

(Beginn: 9.02 Uhr)

Vizepräsident Lengemann:

Meine Damen und Herren! Ich wünsche Ihnen allen einen guten Morgen und eröffne die 23. Plenarsitzung der 11. Wahlperiode. Das Haus ist beschlußfähig.

Zur Tagesordnung ist mitzuteilen, daß die Punkte 8 b, 11, 13 bis 29, 31 bis 35 und 38 noch zu behandeln sind.

Es besteht allseitiges Einverständnis darüber, daß zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen und sofort nach den Amtlichen Mitteilungen als Punkt 40 die Vereidigung des Landesanwalts, seines Stellvertreters sowie eines richterlichen Mitglieds des Staatsgerichtshofs aufgerufen werden soll.

Nach der Vereidigung fahren wir vereinbarungsgemäß mit Punkt 8 b fort: Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes.

Es ist vereinbart worden, heute bis 12.00 Uhr zu tagen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

Vereidigung des Landesanwalts, seines Stellvertreters sowie eines richterlichen Mitglieds des Staatsgerichtshofs

Nach § 10 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof werden der Landesanwalt und sein Stellvertreter von jedem Landtag neu gewählt. Die Wahl wurde gestern im Wahlmännnergremium vollzogen. Zum Landesanwalt wurde Herr Apel, zu seinem Stellvertreter Herr Dr. Pittermann wiedergewählt. Beide haben die Wahl angenommen. Die Vereidigung des Landesanwalts und seines Stellvertreters ist vom Landtagspräsidenten vor dem Landtag vorzunehmen. Ich bitte die beiden Herren, zu mir nach hier oben zu kommen.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Herr Apel, Herr Dr. Pittermann, da Sie beide wiedergewählt wurden, entfällt die förmliche Eidesleistung. Ich verweise Sie auf Ihren bereits geleisteten Eid, der Sie auch für Ihre neue Amtszeit bindet, und wünsche Ihnen für Ihr verantwortungsvolles Amt alles Gute.

Die Vereidigung der ständigen Mitglieder des Staatsgerichtshofs ist vor dem Landtag durch den Präsidenten des Staatsgerichtshofs vorzunehmen. Ich bitte die Vizepräsidentin des Staatsgerichtshofs, Frau Dr. Sturm-Wittrock, dies in Vertretung des erkrankten Präsidenten des Staatsgerichtshofs zu tun.

Dr. Sturm-Wittrock, Vizepräsidentin des Staatsgerichtshofs:

Herr Dr. Siebert, Sie sind vom Wahlmännnergremium gestern wiederholt zum richterlichen Mitglied des Staatsgerichtshofs gewählt worden. Wir freuen uns darüber und hoffen auf eine gute Zusammenarbeit.

Sie sind nach § 9 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof zu vereidigen. Da Sie wiedergewählt sind, genügt ein Hinweis auf den bereits geleisteten Eid, da Sie dieser Eid auch für die neue Wahlperiode bindet. Ich weise Sie hiermit darauf hin und hoffe weiterhin auf gute Zusammenarbeit.

(Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein)

Vizepräsident Lengemann:

Meine Damen und Herren! Auch der Landtag wünscht dem wiedergewählten richterlichen Mitglied des Staatsge-

richtshofs eine gute Arbeit im Interesse unseres Landes und seiner Bürger.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 8 B b auf:

Dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) und des Hessischen Richterergesetzes (HRiG) - Drucks. 11/1577 zu Drucks. 11/1537 und Drucks. 11/496 -

Das Wort zur Berichterstattung hat Herr Abg. Schoppe.

Schoppe, Berichtersteller:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ausschuß für Fragen des öffentlichen Dienstes hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Drucks. 11/1537 zu Drucks. 11/496 befaßt, mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD zur Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes und des Hessischen Richterergesetzes.

Die Vertreter der Fraktion der CDU haben noch einmal darauf hingewiesen, daß sowohl in mündlichen als auch in schriftlichen Stellungnahmen von Betroffenen erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken geäußert worden sind, aber auch Bedenken im Hinblick auf die Praktikabilität in der Verwaltung des Landes und anderer Institutionen.

Sie haben wegen dieser Bedenken beantragt, folgende Paragraphen aus dem Gesetzentwurf herauszunehmen: §§ 57 Absatz 3, 57 a, 60 Absatz 3, 60 e, 66 Absatz 1, 2 und 5, 73 und 92 Absatz 2. Über diesen Antrag fand keine Aussprache statt. Es wurde abgestimmt; der Antrag der Fraktion der CDU wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Vizepräsident Lengemann:

Ich danke dem Herrn Berichtersteller und eröffne die Aussprache. Wird das Wort gewünscht? - Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Milde!

Milde (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Auffassung des damals amtierenden Innenministers, nach Auffassung vieler sozialdemokratischer Bürgermeister und Landräte und nach unserer Auffassung begegnet das jetzt zur Abstimmung gestellte Gesetz erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken; wir sagen: es verstößt gegen Bestimmungen der Verfassung. Außerdem macht dieses Gesetz unseres Erachtens den Weg dafür frei, daß bestimmte Rechte statt von den frei gewählten Kommunalparlamenten nunmehr von den Personalvertretungen wahrgenommen werden.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Zur Geschäftsordnung!)

- Ja, zur Geschäftsordnung. - Weil das so ist und weil gestern und sicherlich auch nach dieser Abstimmung Sozialdemokraten das nicht nur so sehen, sondern auch in der Rotunde, im Wandelgang und draußen im Lande so erklären, beantragen wir die namentliche Abstimmung, damit deutlich ist, wer zum Recht und zur parlamentarisch-demokratischen Ordnung in diesem Lande steht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P. - Lachen bei der SPD)

Vizepräsident Lengemann:

Das Wort hat Herr Abg. Kurth.

Kurth (SPD):

Meine Damen und Herren! Das war eine etwas merkwürdige Wortmeldung zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Milde.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich glaube, Ihre Übertreibungen werden sich mit der Zeit abnutzen. Ich halte es geradezu für grotesk, wenn Sie hier eine Abstimmung darüber veranstalten wollen, wer zu Recht und Ordnung steht. Die Sozialdemokraten stehen zu unserer verfassungsmäßigen Ordnung, das ist ohne Zweifel.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Sie haben sich offenbar gar nicht mit dem Hessischen Personalvertretungsgesetz beschäftigt, weil Sie einfach - dies hat die gestrige Debatte gezeigt - nach wie vor pauschale Vorurteile wiederholen, die keinerlei sachliche Grundlage haben. Ich sehe deshalb einer namentlichen Abstimmung mit Gelassenheit entgegen.

Ich will noch einmal deutlich machen, daß die SPD-Fraktion sich sehr intensiv mit allen geltend gemachten Bedenken beschäftigt hat und daß sie alle diese Bedenken geprüft hat. Wir haben zum Teil Bedenken aufgegriffen und unseren Gesetzentwurf zum Teil geändert. Im übrigen sind wir davon überzeugt, daß dieser Gesetzentwurf im Einklang mit Recht und Verfassung steht. Dazu brauchen wir keine Belehrung Ihrerseits, Herr Milde.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lengemann:

Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Die Aussprache ist geschlossen. Es ist namentliche Abstimmung mit ausreichender Unterstützung beantragt. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Wer in dritter Lesung dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes (HPVG) und des Hessischen Richtergesetzes (HRiG) in der Fassung der Drucks. 11/1577 zu den Drucks. 11/1537 und 11/496 zustimmen will, der antworte mit Ja. Wer ablehnen will, antworte mit Nein. Wer sich enthalten will, sage Enthaltung. Ich darf die Schriftführer bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Folgt namentliche Abstimmung)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Mit Ja haben 57 Kollegen gestimmt, mit Nein 50. Drei Kollegen waren nicht anwesend. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen und zum Gesetz erhoben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Wenn ich es recht sehe, ist entsprechend den gestrigen Vereinbarungen nunmehr Tagesordnungspunkt 14 aufzurufen:

Dringlicher Antrag der Fraktion der F.D.P. betreffend mittel- und langfristig gesicherte Abfallentsorgung in Hessen - Drucks. 11/1027 -

Herr Abg. Wilke, Sie haben das Wort.

Wilke (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag ist seit seiner Einbringung sicher noch dringlicher gewor-

den. Wir hätten uns gewünscht, er hätte sich durch Handeln der Landesregierung inzwischen erledigt. Aber die Vereinbarungen zwischen SPD und GRÜNEN haben alles noch gefestigt.

Wenn die Vereinbarungen zwischen SPD und GRÜNEN zur Abfallbeseitigung in Hessen von der Landesregierung übernommen und administrativ umgesetzt werden, bedeutet dies nicht nur eine Reihe von Verstößen gegen Recht und Gesetz; es gefährdet die Entsorgung vor allem in den Ballungsgebieten, begünstigt den von der Landesregierung in den zurückliegenden Jahren zu Recht angeprangerten Mülltourismus und leistet Tendenzen Vorschub, von relativ umweltfreundlichen Entsorgungsmethoden zu sehr viel bedenklicheren Arten der Beseitigung zu kommen.

Die F.D.P. fordert daher die Landesregierung in diesem Antrag auf, an den Abfallbeseitigungsplänen, die ja längst in die regionale Raumordnung einbezogen worden sind, festzuhalten und damit die für die Abfallbeseitigung zuständigen kommunalen Gebietskörperschaften in dieser schwierigen Aufgabe sachgerecht zu unterstützen.

Wir haben es mit drei Komplexen zu tun, einmal mit der Frage: Was ist Rechtens in diesem Lande? Zweitens mit der Frage: Wie verlässlich sind vom Land vorgegebene Daten? Und drittens: Wie wird die Müllentsorgung in diesem Lande gesichert?

Ich will auf diese drei Komplexe noch einmal eingehen. Die Rechtslage: Ich glaube, hier setzt man sich leichtfertig über geltendes Recht hinweg.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich würde schon empfehlen, den Justizminister auch in das Umweltkabinett mit aufzunehmen, damit er zumindest die Möglichkeit bekommt, seine Rechtsauffassung vorzutragen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Ich glaube ja nicht, daß man ihm folgen wird; aber ich halte es doch für wichtig, daß man auch im rechtlichen Bereich Flagge zeigt.

(Dr. Gerhardt (F.D.P.): Wie beim HPVG!)

Wie ist die Situation? Nach § 6 des Bundesabfallgesetzes stellen die Länder für ihren Bereich Pläne zur Abfallbeseitigung nach überörtlichen Gesichtspunkten auf. In diesen Abfallbeseitigungsplänen sind geeignete Standorte für Abfallbeseitigungsanlagen festzulegen. Bei den Abfallbeseitigungsplänen kann festgelegt werden, welche Träger vorgesehen sind und welcher Abfallbeseitigungsanlagen sie sich bei der Beseitigungspflicht zu bedienen haben.

Die Festlegungen in den Abfallbeseitigungsplänen können für die Beseitigungspflichtigen für verbindlich erklärt werden.

Aus diesem Rahmengesetz hat das Land Hessen im Hessischen Abfallgesetz die Konsequenz gezogen. § 3 des Abfallgesetzes sieht vor:

Die Abfallbeseitigungspläne sind Fachplanungen im Sinn des § 5 Satz 5 des Hessischen Planungsgesetzes in der Fassung vom 1. Juni 1970. Die Verbindlicherklärung der Festlegung in den Abfallbeseitigungsplänen erfolgt durch Beschluß der Landesregierung. Dieser Beschluß ist von dem für die Abfallbeseitigung zuständigen Minister im Staatsanzeiger des Landes Hessen zu veröffentlichen.

In Absatz 3 heißt es hier:

In den Abfallbeseitigungsplänen sind nach wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkten Einzugsbereiche der Abfallbeseitigungsanlagen auszuweisen. Abfälle, die außerhalb der ausgewiesenen Einzugsgebiete anfallen, dürfen nur in einer Anlage und nur mit Genehmigung der zuständigen Behörden beseitigt werden.

Die Landesregierung hat diesen gesetzlichen Auftrag durch die Vorlage von Abfallbeseitigungsplänen vollzogen.

Am 16. März 1976 wurde der Abfallbeseitigungsplan II - Sonderabfälle für Industrie und Gewerbe - als Fachplan nach § 3 des Hessischen Planungsgesetzes festgestellt.

Der Abfallbeseitigungsplan I - Hausmüll und hausmüll-ähnliche Abfälle - wurde am 5. Januar 1977 für verbindlich erklärt und als Fachplan am 15. Oktober 1980 festgestellt.

Damit sind die beiden für die Abfallbeseitigung im Lande Hessen wichtigsten Pläne verbindlich im Sinne des Landesplanungsgesetzes. Das heißt, die Gebietskörperschaften haben im wesentlichen hiernach zu verfahren.

Für die Hersteller von Sondermüll gilt praktisch der Anschluß- und Beseitigungszwang durch die Anlagen der Hessischen Industriemüll GmbH.

Wenn nun von diesen Planungen abgewichen werden soll, wäre zunächst sowohl das Hessische Planungsgesetz als auch das Abfallbeseitigungsgesetz zu ändern. Aber hier stellt sich dann die Frage, ob derartige Änderungen, falls sie geplant sein sollten, die Betroffenen rückwirkend binden können. Nach unserem Rechts- und Verfassungsverständnis ist dies unmöglich, vor allem dann, wenn im Vollzug der geltenden Pläne bereits Vorleistungen in Form von Beschlüssen der entsprechenden Körperschaften in Gestalt von Plänen oder Investitionen erbracht worden sind.

Dies ist, um das klassische Beispiel zu nennen, vom Zweckverband Darmstadt-Dieburg im Zusammenhang mit dem Ausbau der Grube Messel geschehen. Hier ist ein Planfeststellungsbeschluß ergangen. Der Beschluß ist durch Gerichtsurteile in zwei Instanzen als sachlich gerechtfertigt bestätigt worden. Zugleich wurde das öffentliche Interesse festgestellt. Dementsprechend hat der Träger der Beseitigungsanlage geplant und Investitionen nicht zuletzt auch in dem System des Abtransports getätigt.

Der Planfeststellungsbeschluß zu Messel wird durch Weisung des Umweltministers aufgehoben - in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik ein einmaliger Fall.

(Beifall bei der F.D.P. - Kern (GRÜNE): Sofortvollzug!)

Dieser juristische Skandal dürfte ein Nachspiel haben und kann nur mit einer schallenden Ohrfeige für die Landesregierung enden.

(Beifall bei der F.D.P. - Blaul (GRÜNE): Sie erzählen doch ganz falsche Sachen hier, Herr Wilke! Das ist verkehrt!)

Mit weiteren gerichtlichen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Beschlüssen zur Abfallbeseitigung von SPD und GRÜNEN ist zu rechnen, zum Beispiel durch den Umlandverband Frankfurt im Hinblick auf die Abfallverbrennungsanlage im Osthafen, ganz zu schweigen von den rechtlichen Folgen, die daraus entstehen könnten, daß die Träger von Anlagen, die in der Zukunft viel mehr Abfall als bisher vorgesehen aufnehmen müß-

ten, sich gegen vorzeitige Verfüllung ihrer für eine längere Frist geplanten Anlagen wehren werden. Und das, meine Damen und Herren, mit Recht.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Sehr richtig!)

Denn es kann nicht sein, daß die, die entsprechend der Planung der Landesregierung Vorsorge für eine langfristige Abfallbeseitigung in ihrem Bereich getroffen haben, nun dafür herhalten sollen, für eine gewisse Zeit den Müllnotstand, den SPD und GRÜNE provozieren, zu kaschieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Wenn die Deponie Uttershausen in Zukunft die Abnahme von Abfällen aus Mittelhessen verweigern würde und wenn die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ihre Sonderabfallbeseitigung für Müll aus Hessen sperren würden - was passiert dann? Die Landesregierung hat zu dieser rechtlichen Seite der Abfallbeseitigungsproblematik erklärt und wird dies vermutlich auch heute tun, daß sie das geltende Recht ändern wolle. Rechtliche Neuregelungen auf dem Entsorgungssektor setzen aber voraus, daß Sie auch die sachlichen Voraussetzungen ändern. Dies ist aber in keinem der Fälle irgendwo geschehen.

(Wagner (Darmstadt) (F.D.P.): Hört, hört!)

Es haben sich allein die politischen Voraussetzungen in diesem Hause geändert.

(Beifall bei der F.D.P.)

Welches sind die sachlichen Voraussetzungen? In Hessen fallen jährlich zwischen 3,8 und 4 Millionen Tonnen Abfall an, davon allein 1,6 Millionen Tonnen im Umlandverband Frankfurt.

(Blaul (GRÜNE): Das muß sich ändern!)

Ich frage die Landesregierung, auf welche Weise und mit welchen Anlagen sie diese Abfallmengen so verringern will, daß sie die in den Abfallbeseitigungsplänen bisher für erforderlich gehaltenen Anlagen in Zukunft nicht mehr braucht. Wo will sie zum Beispiel im Ballungsraum das Gelände für eine Kompostierung in großem Stil hernehmen? Wie denkt sie sich dabei das Ausweisungsverfahren? In welchen Zeiträumen können solche der Verminderung der Abfallmengen dienenden Anlagen verwirklicht werden?

Die Antwort liegt doch auf der Hand. Bereits vor fünf Jahren hat die Bundesregierung in einem Abfallwirtschaftsprogramm auf die Notwendigkeit und die Methoden der Verminderung des Abfalls durch eine vernünftige Verwertung hingewiesen. Es hat sich herausgestellt, daß diese auch von uns für durchaus sinnvoll gehaltene Abfallbewirtschaftung bis zur Stunde weder technisch befriedigend gelöst ist noch unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit angemessen finanziert werden kann. Daher ist es leichtfertig und nicht zu verantworten, bereits heute Beschlüsse zu fassen, die sich auf eine Verminderung von Abfallbeseitigungskapazitäten stützen.

Wie könnte man gegebenenfalls zu einer Verminderung der Abfallmenge in der Bundesrepublik kommen? Durch Vorsortierung, Nachsortierung, gesetzliche Beschränkung des Verpackungsluxus, den wir uns leider immer noch leisten, Kompostierung organischer Abfälle, thermische Behandlung des Abfalls mit Wärmerückgewinnung, Gewinnung von Pyrolysegasen, Verwertung von Abfall als Futtermittel oder Baustoff.

Einige dieser Methoden einer sinnvollen Verminderung der Abfallmenge werden von unseren neuen Ökologiepäpsten als ökologisch unbedenklich eingestuft; andere

werden durch quasi päpstliche Entscheidungen auf den Index gesetzt, so zum Beispiel die Verbrennung. Hier wird politisch entschieden, was gewünscht ist, aber dies wird nicht wissenschaftlich untermauert.

(Beifall bei der F.D.P. - Blaul (GRÜNE): Wie ist das denn mit dem Dioxin? - Zuruf des Abg. Jakob (GRÜNE))

Dies bedeutet, daß die hessische Abfallbeseitigung praktisch vollständig über den Haufen geworfen werden muß. Ich will hier noch einmal aus dem Abfallbeseitigungsplan zitieren:

Von den insgesamt in Hessen zur Beseitigung anstehenden Abfällen außer Bauschutt und Erdaushub sind etwa 70 bis 75 Prozent in einer Verbrennungs- beziehungsweise Kompostierungsanlage sinnvoll zu behandeln, wobei diese Behandlungsschritte wiederum 25 bis 40 Prozent Rückstände wie Schlacken und Siebüberläufe bringen, so daß auch in Zukunft etwa 50 Prozent der anfallenden Abfallmenge der Kategorie I durch Deponierung beseitigt werden müssen.

Hier wird eindeutig, vor allen Dingen für die Ballungsräume, in denen weder Deponieraum noch Flächen für die Kompostierung zur Verfügung stehen, der Verbrennung - selbstverständlich mit einer sinnvollen Wärmekopplung - das Wort geredet.

Verzichtet man auf Verbrennungsanlagen zum Beispiel in Frankfurt oder Gießen, so führt dies zu einer sehr viel rascheren Verfüllung vorhandener Deponien und damit zu neuem Deponiebedarf.

Meine Damen und Herren, zu den Vereinbarungen zwischen SPD und GRÜNEN kann man nur sagen: Sankt Florian grüßt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Während sich die Problemlage beim Sonderabfall in aller Schärfe schon in kürzester Frist deutlich stellen wird, gibt es beim Hausmüll noch eine Galgenfrist. Die Deponie Wicker hat ein Gesamtvolumen von 9 Millionen Tonnen, von denen 4,5 Millionen Tonnen verfügbar sind. Nimmt diese Deponie unter der Voraussetzung, daß die Müllverbrennungsanlage im Osthafen nicht gebaut wird, nach der Schließung der Deponie Buchschlag 1985 außer dem Müll des Main-Taunus-Kreises auch noch den Abfall aus dem Großraum Frankfurt auf, der nicht in der Verbrennungsanlage Nordweststadt verbrannt werden kann, dann reduziert sich die Restlaufzeit von Wicker von jetzt zirka 12 Jahren auf 6, allerhöchstens 8 Jahre.

Das heißt, man muß sich bereits heute um einen Ersatzstandort bemühen. Da bekanntlich planungs- und baubedingte Vorlaufzeiten auch bei Deponien heute mindestens bei 5 Jahren liegen, aber unter der Berücksichtigung von notwendigen Gerichtsentscheidungen 8 Jahre betragen werden - bis zu einer Entscheidung für einen Ersatzstandort für Messel beziehungsweise mittelfristig auch für Wicker -, hat man nach Lage der Dinge die bereits erwähnte Galgenfrist von höchstens 12 bis 18 Monaten.

In dieser Zeit haben in Hessen Kommunalwahlen stattgefunden. Dann können vielleicht einige hoffen, daß sie aus der Verantwortung oder andere in die Verantwortung gekommen sind. Aber es kann keiner Politik nach dem Motto machen: Nach mir die Sintflut!

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Denn dieses ist ein Bereich, in dem wir alle in der Verantwortung stehen, unabhängig davon, wie die Kommunalwahlen ausgehen.

Dramatisch sind aber nicht nur die Verhältnisse in Südhessen. Sie sind es auch in Mittelhessen, mit erheblichen Auswirkungen auf die nordhessischen Entsorgungsmöglichkeiten. Bereits heute ist es nicht zu verantworten, den Abfall aus dem Wetterau-Kreis per Bahntransport bis nach Uttershausen im Schwalm-Eder-Kreis zu transportieren. Auch diese Deponie hat schließlich nur eine Restlaufzeit. Sie wird nicht nur vom Schwalm-Eder-Kreis und vom Wetterau-Kreis, sondern auch vom Landkreis Marburg-Biedenkopf in Anspruch genommen. Dieser bereits heute nicht zu verantwortende innerhessische Mülltourismus führt zwangsläufig zu einer vorzeitigen Verfüllung dieser Deponie.

Die Stornierung beispielsweise einer Müllverbrennungsanlage in Gießen wird, ähnlich wie in Südhessen, eine Art Kettenreaktion zur Folge haben, die am Ende dazu führt, daß man sich in Nordhessen nolens volens weigern muß, mittelhessische Entsorgungsprobleme zu lösen. Es ist nicht zu erkennen, meine Damen und Herren, wie Sie diese Kettenreaktion vermeiden wollen. Sie tun alles dazu, daß wir auch in den Bereichen, in denen wir im Moment eine absolut sichere, befriedigende Müllentsorgung haben, Probleme bekommen werden.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Es ist auch nicht zu erkennen, wie Sie diese unausweichliche, in den Müllnotstand mündende Kettenreaktion irgendwo eindämmen wollen. Wenn das, was Sie sich vorgenommen haben, realisiert wird, gibt es in Hessen keine gesicherte, keine sichere, keine zuverlässige Abfallbeseitigung. Es gibt in Hessen den Weg zur Improvisation auf unsicherer Ebene. Das, was bisher Grundlage der hessischen Abfallbeseitigungspolitik war, nach langer Diskussion, nach vielen Begutachtungen entschieden, wird in Frage gestellt. Hessen schafft sich die Probleme, von denen wir dachten, sie gemeinsam gelöst zu haben. Herr Ministerpräsident, hierfür tragen Sie entscheidend die Verantwortung.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Man kann hessische Abfallbeseitigung nicht auf Träumerei aufbauen und Realitäten verdrängen. Die Realitäten werden Sie in kurzer Frist einholen.

Meine Damen und Herren, und wer zahlt die Zeche?

(Weimar (CDU): Die Bürger!)

Die zahlt der hessische Bürger durch höhere Gebühren; die zahlt die hessische Industrie durch höhere Kosten. Aber beides wäre ja zu vertreten, wenn es zu mehr Sicherheit führte. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Hiermit werden politische Entscheidungen finanziert werden müssen, die aus umweltpolitischer Sicht überhaupt nicht zu begründen sind.

Die hessische Industrie, insbesondere die chemische Industrie,

(Blaul (GRÜNE): Absurd!)

konnte bisher davon ausgehen, daß im Lande Hessen die Voraussetzungen für eine umfassende Entsorgung allen Sondermülls geschaffen wurden. Mit Herfa-Neurode, mit Biebesheim und Mainflingen konnten wir die Produktionssicherung der chemischen Industrie und die sichere Beseitigung der Abfälle garantieren.

(Blaul (GRÜNE): Das ist doch gar nicht wahr!)

Mit dem Verzicht auf Mainflingen müssen wir, wenn die Industrieproduktion gewährleistet werden soll, wieder auf weniger sichere Entsorgung in anderen Bundesländern ausweichen. Meine Damen und Herren, dies ist sicher kein Umweltbeitrag.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn ich mir überlege, was geschehen wäre, wenn Sie von den GRÜNEN 6 Jahre eher in das Parlament eingezogen wären!

(Weimar (CDU): Das sind doch keine Umweltschützer! Das sind doch Scharlatane; das ist ja das Schlimme!)

Dann gäbe es in Hessen keine Müllverbrennungsanlage Biebesheim, und es gäbe auch keine Entsorgungsmöglichkeiten in Herfa-Neurode; denn Sie hätten das damals blockiert und die Stimmung in diesen Landesteilen ausgeutzt.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU - Zuruf der Abg. Schilling (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, gerade die Beispiele Biebesheim und Herfa-Neurode zeigen, daß wir mit Entscheidungen, die damals auch sehr schwer gegenüber den Bürgern in den Regionen zu vertreten waren, die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß in diesen beiden Bereichen selbst GRÜNE und SPD auf einer sicheren Position aufbauen können.

Wenn für Mainflingen das gleiche geschehen könnte und Sie dies nicht blockieren würden, wären in einem Jahr die Probleme des hessischen Sondermülls unter dem Aspekt größter Sicherheit gelöst. Das Land Hessen könnte die Entscheidungen hinsichtlich der Sicherheitsmaßstäbe dann selbst treffen.

(Blaul (GRÜNE): Das stimmt ja nicht! Sie haben wirklich keine Ahnung, was technisch machbar ist!)

Was Sie tun, ist ein Verdrängen, ist ein Risiko für die Umweltvorsorge, ist ein Risiko für die Arbeitsplätze in Hessen.

(Blaul (GRÜNE): Abfall unter Grundwasser ist doch nicht Umweltvorsorge! Da kann man sich ja totlachen!)

Bei der Abfallbeseitigung im Hausmüllbereich bauen Sie sich Illusionen auf. Ich bin sicher: In kürzester Zeit wird die Landesregierung, wenn sie bei diesen Plänen bleibt, eine neue Müll-Prognose erstellen, die dann versucht, rechnerisch darzulegen, daß wir noch Luft haben. Nur, meine Damen und Herren, dies ist dann ein politisches Rechenwerk, das für 15 Monate reichen wird, das aber nicht bis zum Ende der Legislaturperiode reichen wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

In der Umweltentsorgung müssen wir aber über Legislaturperioden hinaus denken. Ich darf Sie bitten, diesen Antrag, der im Grunde ohne die Vereinbarung zwischen SPD und GRÜNEN eine 90prozentige Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen in diesem Hause finden würde, anzunehmen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Schmidt:

Das Wort hat Herr Abg. Treber.

Treber (GRÜNE):

Meine Damen und Herren! Herr Wilke hat hier ausgeführt, daß auf Grund der Vereinbarungen zwischen SPD

und GRÜNEN in Hessen jetzt ein Müllnotstand eintreten werde.

(Weimar (CDU): Sehr richtig! Sehr treffend festgestellt!)

Ich denke, daß der Müllnotstand nicht darin bestehen kann, daß jetzt von uns versucht wird, ein neues Konzept zu realisieren, sondern ein wirklicher Notstand besteht darin, daß wir zum Beispiel hier in Hessen zirka 4.000 Altlasten haben.

Viele von diesen sind höchstwahrscheinlich giftige Zeitbomben. Die Verantwortung für diese Altlasten liegt bei den etablierten Parteien,

(Weimar (CDU): Nicht ablenken!)

sowohl auf der kommunalen Ebene wie auf der Landes- und auch auf der Bundesebene.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Prinzip "Vergraben und Vergessen", wo ein Loch ist, wird einfach hineingebuddelt, ohne zu fragen, ob der Untergrund dicht ist, ob die Abfälle giftig sind und wie sie sich langfristig auf Grundwasser, auf den Boden, auf potentielle Gefahren für das Trinkwasser auswirken. All diese Dinge sind bisher in der Abfallbeseitigungspolitik

(Otto (F.D.P.): Das ist von uns nicht gefordert worden!)

viel zu wenig berücksichtigt worden.

Es gibt doch gerade hier in Hessen zahlreiche Beispiele, die zeigen, wie wir durch diese Probleme betroffen sind, zum Beispiel Monte Scherbelino in Frankfurt oder die Deponien in Großkrotzenburg, in Kaufungen, in Hessisch-Lichtenau, dann die HCH-Rückstände durch Merck in Gernsheim oder Pintsch-Öl in Hanau. Diese ganzen Beispiele sind doch nur die Spitze eines Eisberges.

Wenn wir die allein sanieren müßten, dann würde das den gesamten Umweltetat, sämtliche Mittel, die im Moment dafür vorgesehen sind, in Anspruch nehmen.

Sie wissen ja auch, daß die Sanierung von Georgswerder in Hamburg so teuer ist, daß auf Jahre hinaus der ganze Etat der Stadt Hamburg dafür aufgewendet werden müßte.

(Wilke (F.D.P.): Was hat das mit Mainflingen zu tun?)

Wir meinen, der Grundsatz von GRÜNEN für den Bau von künftigen Deponien muß sein: Deponien von morgen dürfen nicht die Altlast von übermorgen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann treten die CDU und die F.D.P. hier auf und erklären, es gehe um die Arbeitsplätze in der chemischen Industrie. Hier erhebt sich doch die Frage, was in einer Situation zu tun ist, in der zum Beispiel die Firma Hoechst im ersten Halbjahr 1984 den größten Gewinn in der Firmengeschichte eingefahren hat.

Wir GRÜNEN wollen nicht die chemische Industrie kaputt machen, aber wir wollen diese Industrie dazu motivieren - und wo das nicht möglich ist, da muß leider staatlicher Zwang ausgeübt werden -, die Produktion so zu fahren, daß von der Produktion selbst oder von den entstehenden Abfällen keinerlei Umweltgefährdungen ausgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Luft ist zu schützen. Das Wasser ist zu schützen. Der Boden ist zu schützen und auch die Menschen, die in einem solchen Betrieb tätig sind. Von daher sind wir uns an diesem Punkt auch völlig einig mit der IG Chemie;

denn es kann nicht in deren Interesse liegen, daß die Arbeiter in der chemischen Industrie durch die Produktion krank werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist die Logik der CDU und auch der F.D.P. falsch. Eine schärfere Abfallpolitik führt auf längere Sicht nicht zu der Vernichtung von Industriearbeitsplätzen, sondern allenfalls zu einer Schmälerung der Gewinnausschüttung an die Aktionäre.

(Lachen bei der CDU)

Die CDU ist bereit, die Gesundheit der Gesamtbevölkerung gegen einige Chemiearbeitsplätze auszuspielen.

(Weimar (CDU): Ein Schmutzfink ist das! Das ist wirklich Schweinerei! Ich lege Wert darauf, daß das im Protokoll steht! - Weitere Zurufe von der CDU)

Die CDU kämpft doch sonst so tapfer für den Schutz des ungeborenen Lebens. Aber die CDU ist offenbar bereit, krebskranke Arbeiter, Fehlgeburten und mißgebildete Kinder zu akzeptieren.

(Badeck (CDU): Das sind schwere Vorwürfe gegen den Gesundheitsminister! - Weimar (CDU): Unerhört! - Gegenruf Blaul (GRÜNE): Unerhört! - Weitere lebhaftige Zurufe)

Mißgebildete Kinder sind zum Beispiel die Folge einer Dioxinvergiftung oder einer Benzofuranvergiftung oder Schwermetallvergiftung.

Ich möchte deswegen einmal ganz direkt die CDU fragen, wie sie sich verhalten hätte, wenn sie in der gleichen Situation wie Hamburg gewesen wäre. Hätten Sie Boehringer dichtgemacht oder nicht?

(Jakob (GRÜNE): Sie hätten ausgebaut!)

Wie hier argumentiert wird, hätten Sie Boehringer nicht dichtgemacht, sondern lieber zugelassen, daß die Bevölkerung einer ganzen Stadt Deutschlands langsam aber sicher vor die Hunde geht.

(Badeck (CDU): Weichen Sie doch nicht vom Thema ab!)

Genauso kurzsichtig argumentieren Sie auch im Hinblick auf die hessische Situation. Man muß nach den Reden, die von Herrn Milde und Herrn Gerhardt gestern zum Abfallbereich gehalten wurden, den Eindruck haben, daß Sie gar nicht so genau wissen, wovon Sie eigentlich reden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Badeck (CDU): Aber Sie wissen es?!)

Beide Strategien, die von CDU und F.D.P. vorgetragen werden, nämlich Verbrennen und Vergraben, sind ökologisch unverantwortbar, weil sie ökologische Lebensgrundlagen, den Boden, das Wasser und die Luft, beeinträchtigen und damit die Gesundheit der Bevölkerung untergraben. Sie sind auch volkswirtschaftlich gesehen eine Rohstoffvergeudung und wegen der langfristigen Folgekosten auf Dauer unbezahlbar.

Außerdem handelt es sich bei diesen Strategien um primitive Technologien, die die Entwicklung einer differenzierten wiederverwendbaren Abfallwirtschaft unmöglich machen.

Die Strategie von CDU und F.D.P. heißt im Hausmüllbereich entweder Verbrennen in einigen zentralen Anlagen wie Frankfurt-Osthafen oder Gießen oder In-die-Grube Kippen nach dem Motto: Nach uns die Sintflut!

Der Gipfel dieser Grubenphilosophie war die Idee, eine zentrale Anlage für den ganzen südhessischen Raum einzurichten, nämlich die Grube Messel.

(Wilke (F.D.P.): Sagen Sie einmal, wie Sie es machen würden!)

- Ich komme noch dazu, Herr Wilke.

Die Hausmüllverbrennung nennen Sie eine bewährte, moderne Technik, die alle Gesundheitsgefährdungen ausschließt. Haben Sie denn keine Umweltfachleute, die Sie beraten?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder lesen Sie denn nicht zumindest die Zeitung? Sie müßten doch wissen, daß in Hausmüllverbrennungsanlagen, wie sie heute ausgerüstet sind und wie sie gefahren werden, mittlerweile nachweislich so hohe Konzentrate von Schadstoffen, insbesondere Dioxine und Benzofurane, entstehen und in die Luft geblasen werden, daß die Bevölkerung hochgradig gefährdet ist.

0,7 Nanogramm sind in der Abluft der Hamburger Müllverbrennungsanlage gemessen worden. Das ist 700mal soviel wie die Grenzwerte, die für Boehringer vom Hamburger Umweltsenator vor der Schließung festgelegt worden waren. Daß die Werte in irgendeiner anderen bundesdeutschen Müllverbrennungsanlage entscheidend besser sein sollen, ist höchst unwahrscheinlich. Die Beweislast für bessere Abluftwerte liegt beim Betreiber.

Die Landesregierung hat, nachdem wir am letzten Freitag nach Bekanntwerden der Hamburger Werte massiv beim neuen Umweltminister gedrängt haben, den zweiten und unserer Ansicht nach wichtigeren Schritt des Dioxinmeßprogramms sofort in die Wege geleitet. Das begrüßen wir ausdrücklich.

In der Logik dieses Schrittes erwarten wir aber auch ganz klar, daß diese Anlagen geschlossen werden, wenn sich in Hessen ähnlich hohe Werte wie in Hamburg herausstellen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Ausstattung von Müllverbrennungsanlagen mit Rauchgasreinigung kann zwar im Bereich der Schwermetalle Entlastung bringen, aber das Dioxinproblem bleibt davon unberührt. Wenn überhaupt Müll verbrannt wird, dann müssen gewisse Parameter als unabdingbare Bedingung eingehalten werden. Dies ist eine dauernde Mindesttemperatur von 1.200 Grad und eine Mindestverweildauer in der Nachbrennkammer von 4 Sekunden. Einige Experten gehen hier sogar auf 8 Sekunden.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU und von der F.D.P., mir eine Müllverbrennungsanlage auf der Welt nennen können, die diese Parameter einhält, dann können wir eventuell noch einmal darüber reden, ob das eine mögliche Strategie ist, um den Müll zu beseitigen.

Solange das aber nicht geklärt ist, meinen wir, muß hier äußerste Vorsicht walten. Deswegen treten wir nicht für diese thermische Behandlung von Müll ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sind doch die CDU und die F.D.P., die sich in Frankfurt wie in Gießen vehement für den Bau dieser Dioxinverbreitungsanlagen einsetzen. Wenn es nach Ihnen - -

(Wilke (F.D.P.): Unerhört, Herr Kollege! Man kann es nicht mehr ertragen! - Gegenruf Kerschgens (GRÜNE): Wir haben Sie auch ertragen, Herr Wilke! - Wilke (F.D.P.): Es ist doch wirklich nicht zu glauben!)

Wenn es nach Ihnen - -

(Zuruf des Abg. Weimar (CDU) - Blaul (GRÜNE): Herr Weimar, hören Sie doch auf! - Kerschgens (GRÜNE): Wenn es einen Schmutzfink gibt, dann sind Sie es! - Sturmowski (CDU): Das ist doch dummes Zeug!)

Wenn es nach der CDU und der F.D.P. ginge, würden Sie doch halb Hessen vergiften, nur damit im Abfallbereich alles so weitergehen kann wie bisher

(Sturmowski (CDU): Was bilden Sie sich eigentlich ein?! - Wilke (F.D.P.): Dummes Geschwätz!)

und die mit Ihnen verbündete Müllverbrennungsanlage-industrie ihren Reibach machen kann.

(Sturmowski (CDU): Das können Sie nur auf Ihrer Volksversammlung sagen! - Zuruf von der CDU: Glauben Sie eigentlich, was Sie da verbreiten? - Sturmowski (CDU): Das sind schwerste Vorwürfe an die SPD, die das bisher alles zugelassen hat!)

Es ist uns GRÜNEN gelungen, die drohenden Müllverbrennungsanlagen in Gießen und Frankfurt zu verhindern und Raum zu schaffen für die Entwicklung vernünftiger und ökologisch sinnvoller Alternativen im mittelhessischen und südhessischen Raum. Weiter ist zwischen SPD und GRÜNEN vereinbart worden, daß die geplanten Müllverbrennungsanlagen in Groß-Gerau, in Wiesbaden, in Langenselbold und in Darmstadt-Eberstadt aus dem Abfallbeseitigungsplan gestrichen werden.

(Zuruf des Abg. Wilke (F.D.P.))

Die verbleibenden vier Anlagen müssen bis Ende 1985 mit einer Rauchgasreinigung ausgerüstet werden. In Frankfurt-Nordweststadt wird dies momentan gemacht, und wie die Sachlage momentan aussieht, kann es unter Umständen dazu kommen, daß wir auch die Anlagen Darmstadt, Offenbach, Frankfurt-Nordweststadt und Kassel ganz dichtmachen müssen, weil ein Weiterbetrieb im Interesse der Volksgesundheit nicht mehr vertretbar ist. Denn wenn wir alle Hausmüllverbrennungsanlagen auf den Standard von hochwertigen Sondermüllverbrennungsanlagen umrüsten wollten, dann könnten wir in Zukunft pro Tonne Hausmüll 500 DM für die Beseitigung bezahlen, und die Restschlacke - immerhin noch 30 Prozent der Ausgangsmenge - müßte dann auch noch irgendwo deponiert werden.

Wir sind als GRÜNE stolz darauf, daß wir es mit der Unterstützung der Bürgerinitiativen und der Umweltverbände geschafft haben, der Hausmüllverbrennungstechnologie in Hessen den Todesstoß zu versetzen. Würde die CDU in diesem Land regieren, so würden wir bald den Dioxinnotstand ausrufen müssen.

(Beifall des Abg. Jakob (GRÜNE))

Genauso unverantwortlich, wie Sie mit den Hausmüllverbrennungsanlagen umgehen, halten Sie es mit der Deponierung. Hausmüll ist nicht harmlos; das müßten auch die CDU und die F.D.P. wissen. Deponierung ohne Schutz des Grundwassers ist absolut unverantwortlich.

(Wilke (F.D.P.): Wo soll das denn stattfinden? - Zuruf: Wovon reden Sie denn? - Sturmowski (CDU): Sie wohnen doch in Mörfelden!)

- Dazu kann ich auch gleich etwas sagen. Ich will nur erst einmal kurz auf die Problematik der Grundwassergefährdung eingehen. - Dieser Fall kann zum Beispiel in bezug auf Mainhausen eintreten. Deswegen haben wir gesagt: Es muß gleich verhindert werden, daß dort Sondermüll unter Grundwasser gelagert wird.

(Weimar (CDU): Bisher gibt es aber nur abenteuerliche Behauptungen der GRÜNEN!)

Bei den Altlasten ist es vielfach so, daß keine Abdichtung nach unten hin da ist und daß dort jetzt aufwendige Sanierungsprogramme gefahren werden müssen,

(Zuruf des Abg. Jakob (GRÜNE))

um die Gefährdungen, die für das Grundwasser vorhanden sind, auszuschließen.

Was den Zwischenruf zu Mörfelden angeht, so finde ich es auch sehr interessant, daß gerade die CDU, kaum daß die Vereinbarungen zwischen SPD und GRÜNEN unterschrieben worden sind, sofort das Geschäft mit der Angst gemacht hat, indem sie sowohl im Kreistag Groß-Gerau als auch bei uns in Mörfelden-Walldorf im Stadtparlament Resolutionen einbringt, durch den Verzicht auf die Grube Messel solle verhindert werden, daß Müll aus dem Landkreis Darmstadt-Dieburg auf die Deponie nach Mörfelden komme.

(Sturmowski (CDU): Ist daran etwas falsch?)

Nur wissen Sie ganz genau, daß das überhaupt nicht vorgesehen ist.

(Sturmowski (CDU): Ach nee!)

Deswegen versuchen Sie nur, der Bevölkerung mit dem "Müllnotstand" Angst einzujagen, ohne einmal Überlegungen anzustellen,

(Sturmowski (CDU): Zu Treber auf den Hof kommt er dann!)

welche Alternative es eigentlich gibt.

Es ist doch völlig klar, daß dann, wenn wir jetzt den derzeitigen Abfallbeseitigungsplan 1 novellieren,

(Sturmowski (CDU): Wohin denn damit? Sagt doch einmal was!)

natürlich neue Wege dafür gefunden werden müssen, was mit dem Müll, der übrigbleibt, zu geschehen hat. Das bedeutet, daß für die Restmenge, die noch zu deponieren ist,

(Badeck (CDU): Wieviel wird das nach Ihrer Meinung denn etwa sein?)

für den südhessischen Raum ein Standortnegativkatalog aufgestellt ist und untersucht wird, wo diese Müllrestmengen noch abgelagert werden können.

(Badeck (CDU): Liebes Hessen, wo gehst du hin?!)

Parallel dazu ist es aber notwendig - daran wird gearbeitet -, jetzt schon alle Voraussetzungen zu schaffen, um die anfallende Müllmenge zu reduzieren, zu vermindern und wiederzuverwerten,

(Weimar (CDU): Politisch zu ächten!)

zum Beispiel durch die Getrenntsammlung, durch Müllkompostierung.

(Sturmowski (CDU): Das ist doch alles nichts Neues!)

- Ja, das hat mich auch vorhin schon bei Herrn Wilke gewundert: Es nützt doch nichts, zu sagen "Es gibt alle diese Überlegungen", wenn nirgendwo der Versuch gemacht wird, das auch einmal in die Praxis umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abg. Sturmowski (CDU))

Deswegen haben wir durch die Vereinbarung

(Badeck (CDU): Sie wollen das Chaos!)

die Voraussetzung dafür geschaffen, daß diese Ideen jetzt auch einmal in die Realität umgesetzt werden. - Das

bedeutet nicht Chaos, sondern es bedeutet das Angebot an die Gemeinden und die Landkreise zum Beispiel in Südhessen, auch mit finanziellen Mitteln aus dem Landeshaushalt - im Haushalt 1984 sind schon erste Ansätze dafür bereitgestellt -, daß diese Programme dann auch zügig realisiert und in die Praxis umgesetzt werden können.

Wenn Sie hier dazwischenrufen: Die Müllkompostierungsanlage in Bischofsheim - in der Tat wird noch im Laufe dieses Jahres ein Sanierungskonzept erarbeitet, und es werden die entsprechenden Mittel bereitgestellt,

(Sturmowski (CDU): Lassen Sie sich doch einmal aufklären, Herr Treber!)

und dann wird durch diese Müllkompostierungsanlage dazu beigetragen, daß die Müllprobleme im Kreis Groß-Gerau gelöst werden.

Ich kann Ihnen noch ein Beispiel gerade aus diesem Bereich nennen, wie nämlich durch eine ökologisch sinnvolle Form von Müllverwertung auch Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Weimar (CDU): Auffressen! - Zuruf des Abg. Wilke (F.D.P.))

Sie wissen, daß wir im Kreis Groß-Gerau das Prinzip haben, daß sich die Abgaben, die die Kommunen an den Kreis zu bezahlen haben, nach der Höhe des anfallenden Mülls richten. Wir reduzieren zum Beispiel bei uns in Mörfelden-Walldorf die Müllmenge dadurch, daß wir eine Grünkompostierung machen. Das, was durch diese Grünkompostierung an Müllmenge eingespart und reduziert wird, entspricht genau dem Betrag, der aufgewendet werden muß, um in diesem Bereich zwei neue Arbeitsplätze zu schaffen und zwei Arbeiter einzusetzen.

Das zeigt, daß es uns nicht nur darum geht, ein neues Konzept zu realisieren, das umweltfreundlicher ist, sondern das hat auch nebenher noch den Effekt, daß dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ich denke, aus meinen Ausführungen ist klargeworden, daß die Panikmache, die hier von CDU und F.D.P. betrieben wird mit der Behauptung,

(Wilke (F.D.P.): Die wurde bestätigt!)

in Hessen stehe ein Müllnotstand bevor, jeder Grundlage entbehrt.

(Badeck (CDU): Bis jetzt waren die Dinge in Ordnung!)

Unsere Müllpolitik ist ganz im Gegenteil darauf angelegt, die Müllmengen soweit wie möglich zu reduzieren

(Sturmowski (CDU): Die reinste Märchenstunde!)

und die Reste ökologisch verträglich aufzubereiten.

Danke schön!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt:

Das Wort hat Herr Abg. Frank.

Frank (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte erst einmal erklären, daß ich versuchen werde, die Schmerzgrenze bei Ihnen nicht zu überschreiten. Ich darf also all diejenigen bitten, die wegen Überschreitung der Schmerzgrenze diesen Raum verlassen haben, wieder hereinzukommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU - Lachen bei den GRÜNEN - Schlappner (SPD): Vielleicht gehen jetzt andere hinaus!)

Zwei Tage nach dem "Neuanfang" müssen wir uns hier über Kellerleichen unterhalten, Kellerleichen, die entstehen werden, wenn dieser Weg, den die Regierung eingeschlagen hat, so weitergeht.

(Blaul (GRÜNE): Die haben wir doch schon, die 4.000!)

Mein Kollege Wilke hat die rechtliche Bewertung der bestehenden Pläne und die Auswirkungen des Verlassens des Weges sehr klar dargestellt. Dem schließe ich mich voll und ganz an, die Zeit dafür kann ich mir ersparen. Wir werden aber Kellerleichen in Form von Bauruinen, von verödeten Grundstücken und von Regreßansprüchen haben, wenn Sie diesen Weg so weitergehen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist geradezu enttäuschend, feststellen zu müssen, wie der Neuanfang, den Sie, Herr Ministerpräsident, uns hier so glorreich dargestellt haben, begonnen hat. Es ist ja keine Verbesserung im Bereich der Umwelt geschehen. Das Gegenteil ist geschehen. Die Verantwortlichkeiten sind zergliedert, breiter gestreut worden.

(Kern (GRÜNE): Alles vernetzt!)

Ich hatte eigentlich die Befürchtung, daß man sie nun unter dem Einfluß der GRÜNEN zusammenfaßt, daß man sich einen hervorragenden Mann sucht, und dem das Umweltministerium gibt, einen Mann, der in der Lage ist, auf Grund seiner Sachkenntnis klar und schnell zu entscheiden,

(Zabel (SPD): Haben wir doch!)

einen Mann, der Impulse in diesen ganzen Bereich hineinbringt. Dann wäre es für uns als Opposition schwer gewesen, unseren guten Weg weiterzugehen, den wir bisher gegangen sind.

Aber jetzt hat man die Verantwortlichkeiten gestreut und hat einen Kabinettsausschuß eingerichtet, in dem die Probleme erst einmal im Kreise umhergeschoben werden. Wir können sagen, hier ist für uns ein weites Feld eröffnet worden.

(Zurufe von der SPD)

Aber vielleicht war das taktisch ganz sinnvoll. Denn die SPD ist ja in der Umweltpolitik recht glücklos.

(Schlappner (SPD): Na, na!)

Es sind ja schon mehrere Minister gegangen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Schlappner, der Kabinettsausschuß hat doch einen großen Vorteil. Wenn wieder ein Skandal kommt, muß ja kein Minister gehen, dann bildet man einfach diesen Kabinettsausschuß um.

(Zurufe von der SPD)

Die Rede des Herrn Treber hat wieder einmal gezeigt, wie die GRÜNEN mit der Umweltpolitik umgehen. Der Mangel an Sachkompetenz, den Sie hier wieder dargeboten haben, war geradezu erschreckend. Wir wissen von der SPD, daß sie in der Vergangenheit im Grunde sehr schwerfällig gehandelt hat, daß sie für Innovationen schwer zugänglich war. Aber was Sie hier vertreten, diese ideologisch verbrämten Vorstellungen, das endet im Grunde nur im Neinsagen. Ich habe Ihre Rede genau analysiert, denn ich habe gut zugehört: Sie schüren doch nur Ängste.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Sie wollen die Bürger nur verunsichern. Sie produzieren geradezu die Mißstände.

(Treber (GRÜNE): Das Dioxin wird aber nicht von uns produziert! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Der wahre Grund ist doch, daß Sie unsere rechtsstaatliche Ordnung ins Wanken bringen wollen. Herr Treber, Ihre Scheinheiligkeit ist unerträglich.

(Beifall bei der CDU)

Sie reden von den Altlasten, die beseitigt werden müssen. Haben Sie die Etatanträge nicht gelesen? Ist Ihnen entgangen, daß wir, die CDU, den Antrag gestellt haben, die Altlasten in Hessisch-Lichtenau zu beseitigen? Dem hätten Sie doch zustimmen können. Das wäre ein Anfang gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Sie stellen sich hier scheinheilig hin, wie ich gesagt habe, und gehen an den eigentlichen Problemen dieses Landes vorbei. In Hessisch-Lichtenau besteht ein Trinkwasser- notstand; das haben anerkannte Wissenschaftler gemessen. Aber das mit dem Monte Scherbelino ist doch wieder Angstmacherei. Das können Sie vergessen. Sie müssen erst beweisen, daß wirklich etwas nicht stimmt. Dazu waren Sie bisher nicht in der Lage.

Ihre ganze Politik - das ist von den Vorrednern auch schon gesagt worden - ist im Grunde nur darauf angelegt, ein Gebiet, das bisher völlig übereinstimmend bearbeitet worden ist, nun ins Wanken zu bringen. Sie provozieren geradezu den Hausmüllnotstand in mehreren hessischen Gemeinden.

(Kerschgens (GRÜNE): Angstmache! - Kern (GRÜNE): Und warum machen das die GRÜNEN?)

Herr Ministerpräsident, Sie haben uns vorgestern in Ihrer Regierungserklärung berichtet, daß Sie im Jahre 1979 vor der Senckenberg-Gesellschaft eine zukunftsweisende Rede gehalten haben. Da ist mir eingefallen, daß die CDU-Fraktion im Jahre 1979 einen Etattitel beantragt hat, der "Modellvorhaben Umweltforschung" hieß. Dieser Etattitel war unterteilt in die Aufgaben Planung, Entwicklung und Erprobung von Recycling-Verfahren in der Abfallbeseitigung. Wie gesagt, im Jahre 1979; damals hat noch niemand an Sie in diesem Hause gedacht.

(Kerschgens (GRÜNE): Da gab es uns aber schon!)

Der zweite Punkt war Planung und Entwicklung von umweltfreundlichen Produkten. Herr Ministerpräsident, wären Sie uns damals im Jahre 1979 mit unserem Antrag gefolgt, dann hätten Sie in Ihrer Regierungserklärung von Erfolgen berichten können, Sie hätten von vollzogenen Taten sprechen können und uns nicht, wie es gestern geschehen ist, nur Visionen darstellen müssen, Visionen, die bis zu dem Vorschlag gehen, gegen den niemand etwas hat - Bayern hat es vorgemacht -, den Umweltschutz in der Verfassung zu verankern.

(Zuruf des Abg. Kern (GRÜNE))

Es ist eigentlich unerträglich - das berührt schon wieder die Schmerzgrenze, von der ich gesprochen habe -, wenn man erleben muß, daß der Ministerpräsident uns in diesem Hause alte Selbstverständlichkeiten als Neuanfang verkaufen will. Was Sie zur Umweltschutzpolitik gesagt haben, Herr Ministerpräsident, ist für uns alles ein alter Hut. Sie müssen endlich einmal Taten vorweisen, nicht nur immer von den Dingen reden.

Ich habe am 19. März 1980 an diesem Pult bei der Beratung einer Großen Anfrage der CDU über Recycling

detaillierte Ausführungen gerade über den Entsorgungsektor gemacht. Wir waren uns damals einig, daß die Abfallwirtschaft verändert werden muß, daß wir den Weg zur getrennten Mülleinsammlung gehen müssen und daß die wertvollen Stoffe aus dem Müll herausortiert werden müssen. Das war im Jahr 1980.

(Treber (GRÜNE): Und was ist in der Zwischenzeit passiert?)

- Herr Treber, das liegt auch nicht an uns. Mein Schlußsatz in dieser Rede war, an den Ministerpräsidenten gerichtet:

Auch auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft ist die Regierung Börner zum Handeln aufgerufen.

Das war 1980. Das wollte ich in diesem Zusammenhang sagen, weil wir von dieser Regierung endlich Taten erwarten.

(Zurufe von der SPD)

Aber nichts ist bisher geschehen. Das Schlimme ist, daß gerade die GRÜNEN, die jetzt neu im Parlament sind, uns den Begriff "Abfallwirtschaft", der für uns seit Jahren klar ist, als etwas ganz Neues verkaufen wollen. Auch der Ministerpräsident wollte uns gestern in seiner Rede diesen alten Hut wieder als neuen Begriff und als Neuanfang verkaufen.

Wenn ich mich im Lande umsehe, dann kann ich zum Beispiel sehr erfreut nach Frankfurt am Main blicken, wo ein Grün-Dezernent, Herr Daum, zeigt, was man in der Umweltpolitik machen kann.

(Dr. Streletz (SPD): Oder nicht!)

Dort wird in der Umweltpolitik fortschrittlich gehandelt, dort werden neue Wege gegangen. Ich glaube, mehr Innovation in den Gemeinden wäre sinnvoll.

Das beste Beispiel ist der Antrag der F.D.P., über den wir hier reden. Er fordert von der Landesregierung, an bisher in diesem Hause unbestrittenen Grundsätzen festzuhalten. Es ist unerträglich, wie die Verunsicherung bei den Trägern der Entsorgung um sich greift. Niemand weiß mehr, auf was und auf wen er sich verlassen kann. Auf der einen Seite gibt es bestehende Gesetze, bestehende Pläne, auf denen man aufbauen kann, auf denen aufgebaut worden ist. Jahrzehntlang wurden Standorte durchgeboxt - so muß man wirklich sagen -, und man ist heute froh, daß man solche Standorte hat. Dann kommt diese Regierung beziehungsweise die beiden Fraktionen und sagen: Nein, so geht es nicht mehr, es muß sich alles ändern.

Dann stellt man sich die Frage: Was ist eigentlich in diesem Lande geschehen, daß auf einem so einfachen und beherrschbaren Sektor wie der Müllentsorgung auf einmal solche großen Probleme entstehen?

(Kern (GRÜNE): Was, einfach? Das ist Ihre einfache Sicht!)

Es ist nicht nur meine Meinung, sondern die Meinung vieler Bürger und vieler Verantwortlicher, auch vieler, die in der Müllentsorgung tätig sind, daß daran der Pakt schuld ist, den die SPD mit den GRÜNEN eingegangen ist. Denn die GRÜNEN - das hat man wieder bei der Rede von Herrn Treber erlebt - sind eine Gruppe, die die eigene Existenzangst nicht beherrschen, die die Probleme des Alltags nicht lösen können, die alles in Frage stellen und deswegen hier ihre Existenzangst verbreiten.

Das Erschreckende ist doch, festzustellen, daß diese Unsicherheit, die die GRÜNEN verbreiten, wie ein Umweltgift die SPD befällt und sich wie die Pest in ihr fortsetzt.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Leider müssen wir spüren, daß durch diese Verunsicherung die SPD auch nicht mehr in der Lage ist, klar und vernünftig über verschiedene Dinge nachzudenken und zu klaren und vernünftigen Lösungen zu kommen.

Wir waren uns doch in diesem Hause darüber klar, daß im Müll ein großer Energieanteil steckt, der optimal genutzt werden muß. Wir waren uns auch in diesem Hause darüber klar, daß - wenn wir alle Wertbestandteile wie Glas, Papier und Kunststoff aus dem Müll herausholen - immer noch ein Rest bleibt, der es wert ist, verwertet zu werden.

Hier erhebt sich nun die Frage: Was ist die sachgerechte Verwertung dieses Restes? Wir wissen, daß auf Grund der Schadstoffe, die darunter sind, eine Kompostierung weitgehend nicht in Frage kommt. Wir waren uns vor Jahren einig, daß - dazu muß ich sagen: bei uns gibt es auch in Sicherheitsfragen keinen Rabatt - die thermische Verwertung nach dem Stand der neuesten Technik - das ist immer unsere Forderung gewesen - uns noch einen großen Anteil Energie bringt, den wir nicht einfach irgendwo in einem Loch vergraben und verbuddeln können.

Das Problem Dioxin, das in der Asche von Verbrennungskraftwerken entsteht, ist bekannt. Ich will hier kein technisches Seminar geben. Wenn Sie alles so gut wissen, dann dürfte Ihnen bekannt sein, daß man Verbrennungsverfahren wählen kann, bei denen Dioxin nicht mehr anfällt, und daß man bestehende Verfahren entsprechend umstellen kann. Dort, wo es im Staub anfällt, ist es konzentriert in diesem Staub, und diesen Staub kann man behandeln.

(Kerschgens (GRÜNE): Geschieht das heute?)

Es wäre sinnvoll, wenn wir uns in diesem Hause darauf einigen könnten - dazu müßte die SPD-Fraktion weniger Mundwerker und dafür mehr Handwerker haben, mehr Arbeitnehmer, die praktisch denken können -, zu diesem Problem einmal einen Forschungsauftrag an unsere Universitäten zu vergeben in der Erwartung, von der Wissenschaft und von der Technik eine klare Lösung zu erhalten. Ich bin davon überzeugt, daß es eine klare Lösung gibt. Man muß nur den Willen haben, diesen Weg auch zu gehen.

(Beifall bei der CDU)

Leider muß ich feststellen, daß bei der SPD dieser Wille nicht mehr vorhanden ist. Sie sind dem Bazillus der Verunsicherung voll zugänglich und deshalb nicht in der Lage, die anstehenden Probleme zu lösen.

Wir stehen - das muß in diesem Zusammenhang gesagt werden - voll und ganz auf der Grundlage der bestehenden Abfallbeseitigungspläne. Wir sind allerdings jederzeit bereit, darüber zu reden, an welcher Stelle Veränderungen möglich sind, Veränderungen, die möglich werden und nötig sind auf Grund der neuesten Erkenntnisse in der Technik. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Nur, diese ganzen Pläne in Frage zu stellen, so, wie Sie es tun, bringt weitere Unsicherheit in diesem Lande, ja, das bringt doch - wie es gesagt worden ist - das Chaos. Daß Sie nichts dagegen tun, zeigt doch, daß dieser Weg Ihnen gerade recht ist, daß es eigentlich für Sie in diesem Land nicht besser kommen kann.

Der Umlandverband Frankfurt, der den gesetzlichen Auftrag hat, die Müllentsorgung in diesem Bereich sicherzustellen, hat sich darum bemüht, einen Standort zu finden. In der Vorgabe im Entsorgungsplan I ist ihm diese Aufgabe zugewiesen worden.

Dieser Standort ist für eine langfristige Entsorgung an dieser Stelle geeignet. Dieser Standort ist auch geeignet, einen anfallenden Energieanteil sehr gut zu verteilen. Für

uns wird es eine Nagelprobe in diesem Hause werden, ob Sie diese Vorgaben jetzt zurückziehen und den Umlandverband im Stich lassen, oder ob Sie bereit sind, den vorgezeichneten Weg weiterzugehen, in die nach unserer Meinung richtige Richtung.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe schon im Jahre 1980 dargelegt, daß es selbst bei einer hundertprozentigen Müll-Recycling-Entsorgung immer noch einen Restbetrag gibt, der zu beseitigen ist; davon habe ich vorhin schon gesprochen. Ich habe bereits im Jahre 1980 die Zahlen genannt. Dieser Restbetrag von 1,5 Millionen Tonnen Müll entspricht einem Heizwert von 1,4 Millionen Tonnen Braunkohle oder 250.000 Liter Heizöl. Es wäre doch geradezu Wahnsinn, diesen Energieanteil zu verschleudern und nicht zu nutzen.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie glaubwürdig bleiben wollen und wenn diese Anzeige stimmt, in der Sie sagen: "Hessen handelt!",

(Kronawitter (SPD): Das stimmt!)

dann handeln Sie auch einmal! Dann handeln Sie auch einmal beim Umlandverband Frankfurt! Das erwarten wir einfach von Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen endlich von Ihnen einmal hören, was Sie wollen, und nicht immer nur das, was Sie nicht wollen. Wenn Sie mich nun auf das neue Programm "Schwerpunkte des Regierungsprogramms Arbeit, Umwelt und soziale Verantwortung" verweisen und sagen, dort steht alles, dann will ich einmal zitieren, was da steht, und Sie fragen: Ist das die Lösung?

Im Bereich der Abfallwirtschaft geht es darum, daß man Abfallstoffe vermeidet - da haben wir nichts dagegen; da sind wir dafür -, daß man den Abfall durch Getrennteinsammlung vermindert - das geschieht in Frankfurt; das habe ich erwähnt; da haben wir nichts dagegen. Nur, jetzt geht es um die Beseitigung der Restmenge. Da haben Sie hier ganz klar gesagt, wie Sie das machen. Da steht:

Die Beseitigung der verbleibenden Restmenge des Abfalls so, daß Gefährdungen der Umwelt vermieden oder in dem nach dem Stand von Wissenschaft und Technik möglichen Maß minimiert werden.

Wie? Wann? Durch welche Anlagen? Das kommt also auch auf den vielen Seiten, die danach folgen, nicht mehr. Dann heißt es weiter:

Das oberste Ziel hessischer Abfallpolitik muß sein, in Privathaushalten wie auch in Industrie- und Gewerbebetrieben sowie Behörden anfallende Abfallmengen drastisch zu reduzieren.

Aber wie, wo und wann steht hier nicht. So geht es weiter. Dann kommt der entscheidende Satz, der aus diesem Grunde auch schön fettgedruckt hervorgehoben ist:

Auf dem Hintergrund der beschlossenen Neuorientierung der Abfallwirtschaftspolitik ist die Errichtung weiterer Müllverbrennungsanlagen entbehrlich.

Das ist der Kernsatz. Da können Sie jubeln. Das steht dort. Da klatschen Sie.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Kern (GRÜNE))

Aber ich kann Ihnen eines sagen: Wenn dieser Weg so weitergeht und Sie keinen Grund und Boden mehr haben, um Deponien einzurichten - auf diesem Hintergrund der beschlossenen Neuorientierung können Sie keinen Müll deponieren.

Interessant ist, daß in diesem von Ideologie triefenden Papier wesentliche Teile fehlen. Ich habe das Papier zwei- oder dreimal durchgelesen. Das Wort Klärschlamm kommt hier nicht vor. Ich glaube, die SPD weiß, warum es nicht dort steht. Sie ist froh, wenn ein Problem von den GRÜNEN nicht erkannt und unter den Teppich gekehrt worden ist.

Aber ich frage die GRÜNEN, die sich vorhin so scheinheilig aufgespielt haben: Fehlt Ihnen die Sachkompetenz? Fehlt Ihnen das Problembewußtsein? Wissen Sie nicht, wie gefährlich der Klärschlamm ist? Wissen Sie nicht, was derzeit mit dem Klärschlamm passiert?

Wichtige Gebiete vergessen Sie einfach. Oder war das Teil der Absprache, daß das unter den Teppich gekehrt wird, um dann irgendwann einmal, wenn es Ihnen ins Zeug paßt, wenn Sie glauben, wieder einen Skandal entdeckt zu haben, Ängste schüren und sagen zu können: Es gibt ja noch ein Problem, den Klärschlamm!?

Wären Sie gründlich und wollten Sie wirklich Umweltpolitik umfassend behandeln, dann hätten Sie die SPD darauf hingewiesen und hätten gesagt: Hier fehlt etwas.

(Zuruf des Abg. Kerschgens (GRÜNE))

Darum behaupte ich und bleibe dabei, daß bei Ihnen die Sachkompetenz sehr, sehr gering ist und daß Sie mit einer minimalen Sachkenntnisdecke die Probleme im Parlament lösen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Dann sind hier viele Stellen, an denen vom Wassersparen und von der Nutzung des Oberflächenwassers die Rede ist; eine gute Sache, dagegen haben wir nichts.

Aber ich kann Ihnen sagen: Wenn Sie Näheres wissen wollen, dann müssen Sie wieder einen CDU-Bürgermeister fragen, dann müssen Sie einmal nach Sulzbach gehen, zu Bürgermeister Gall, der schon praktiziert, was man mit Oberflächenwasser machen kann. Sehen Sie, hier wird Umweltpolitik, wo die CDU die Mehrheit und die Verantwortung hat, umgesetzt,

(Treber (GRÜNE): Das ist aber ein Einzelfall!)

dort kann man Taten sehen.

Interessant ist, daß die SPD es wenigstens fertiggebracht hat, in diesem Papier den Begriff Sondermüll klar darzustellen. Es ist ja bisher auch eine Strategie der GRÜNEN gewesen, den Sondermüll als Giftmüll zu bezeichnen. Darin steckt auch eine große Portion Bösartigkeit; ich glaube nicht, daß es Dummheit ist, ich glaube, daß es Bösartigkeit ist.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Papier sind Sondermüll und Giftmüll Gott sei Dank klar getrennt.

(Zuruf des Abg. Kern (GRÜNE))

Das Problem Giftmüll ist ja im Grunde für uns gelöst, wir haben Gott sei Dank Herfa-Neurode, wir können damit zufrieden sein. Nur das Problem Sondermüll steht an. Es wäre nahe an einer Lösung gewesen, doch nun kommen Sie und schaffen künstliche Probleme.

Ich glaube, daß man das Beispiel Mainhausen als Musterbeispiel für grün-rote Verhinderungspolitik und grün-rote Problempolitik einmal aufzeigen sollte.

Die Landesregierung hat, wie ich sagen möchte, jahrelang eine wirklich gründliche Planung betrieben. Sie hat mehrere Gutachten eingeholt, weil wir uns in diesem Hause einig darüber waren, daß in der Vergangenheit zu viele Fehler geschehen sind und zuviel falsch gemacht worden

ist und daß wir, wenn wir etwas neu machen, das nach allen möglichen Kriterien hin untersucht und gegen alle möglichen Sicherheitsrisiken abgesichert sein muß. Bisher waren wir der Meinung und sind es auch heute noch, daß in Mainhausen die Möglichkeit besteht, Sondermüll, das heißt, Chemieabfälle, so wie geplant zu beseitigen.

Dann kommt ein gewisser Dr. Hans Sprenger oder ein ähnlich anonymer GRÜNER und behauptet einfach, dort könne man Chemiereste nicht lagern, das Grundwasser sei gefährdet. Dann stürzt das eigentlich so feste Gebäude jahrzehntelanger Planung einer Landesregierung wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Bemerkenswert ist es, wenn dieser Neubeginn hier wieder einmal beigezogen werden soll, daß es nach diesem Neubeginn möglich ist, daß jahrzehntelange Planungen mit x Gutachten über Nacht einfach weggefegt werden, nur, weil, wie gesagt, das nach einer Behauptung der GRÜNEN so nicht gehen kann, wie es seit Jahren geplant ist.

Ein weiteres Musterbeispiel rot-grüner Politik ist, daß man dann verkündet, wir haben etwas ganz Neues, wir haben etwas viel Besseres, und selbst der Ministerpräsident springt auf diesen Zug und sagt, die neue Idee sei das Ablagern von Chemieabfällen über der Grundwasserfläche.

Man muß es aber doch ein bißchen anders ausdrücken. Man muß sagen, daß man einen Betonklotz in die Landschaft stellen will, man muß sagen, daß man in diesem Land zwar geographisch und geologisch die Möglichkeit hätte, das anders zu machen, daß es aber Ideologie ist, daß es Politik ist, solch einen Betonklotz in die Landschaft zu stellen. Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie es auch verwirklichen, dann dürfen Sie nicht nur davon reden.

Dann bin ich einmal gespannt, wie Ihre eigenen Basisleute reagieren, wenn Sie ihnen sagen und Ihnen Bilder zeigen: Wir stellen jetzt, ganz gleich, wo in Hessen, einen solchen Betonklotz vor die Tür. Das müssen Sie erst einmal durchsetzen. Da nützt es gar nichts, daß Sie hier groß verkünden, wie gut das sei, was Sie alles machen wollen und wieviel dies besser sei als in der Vergangenheit. Es geht nicht an, daß Sie jetzt eine Verzögerungstaktik mit dieser Vision der Hochdeponie einleiten wollen und das auch wieder jahrelang hinausschieben.

Wir brauchen eine Entsorgung von Sondermüll jetzt und heute und nicht in zehn Jahren. Es nützt uns gar nichts, von Ihnen immer wieder zu hören, daß es andere Möglichkeiten gebe, die Sie auch nicht kurzfristig verwirklichen können.

Meine Damen und Herren, besonders von der SPD-Fraktion, die Arbeitnehmer in diesem Land haben ein feines Gefühl für die Beurteilung von Erklärungen der Regierung entwickelt. Die Arbeitnehmer der Hoechst AG zum Beispiel haben über ihre Betriebsräte ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, ihre Sorge über den Zwiespalt der Aussagen, der darin besteht, daß einmal in einer solchen Annonce davon gesprochen wird, daß Arbeitsplätze erhalten und vermehrt werden, während auf der anderen Seite ganz klar ersichtlich ist, daß die Vereinbarungen, die diese Regierung mit den GRÜNEN getroffen hat, Arbeitsplätze gefährden.

Interessant ist, daß diese Menschen, die tagtäglich mit dem Sondermüll umgehen, die die Gefahren genau kennen, auch die Regierung fragen: Bisher haben Sie uns doch versprochen und klargemacht, daß Sie in der Lage sind, diesen Sondermüll sach- und fachgerecht zu beseitigen. Denn das wünschen die Arbeitnehmer der Hoechst AG, sie wissen um die Gefährlichkeit und erwarten auch

von der Regierung, daß dieser Sondermüll sach- und fachgerecht beseitigt wird.

Wenn die Arbeitsplätze konkret gefährdet sind, kann man diese Arbeitnehmer nicht auf eine Hochdeponie verfrachten, die vielleicht in x Jahren einmal kommt. Diese Regierung wird handeln müssen, sie wird den Arbeitnehmern der Hoechst AG sagen müssen, in welchem Sinne sie die Probleme lösen will, im Sinne der bisherigen Planungen oder im Sinne der Verschleppungstaktik und der Verunsicherung durch die GRÜNEN.

Die langfristige Abfallentsorgung in Hessen wäre gesichert, wenn sich die Landesregierung an die bestehenden Pläne hielte. Der proklamierte Neubeginn darf nicht der Neubeginn der Verfrachtungen, der Neubeginn des Hinausschiebens und der Verunsicherungen sein. In der Abfallentsorgung besteht in Hessen ein großes Vollzugsdefizit, und die Regierung muß endlich handeln.

Das Positive ist, daß diese Regierung wieder unter parlamentarischer Kontrolle steht. Ich darf Ihnen sagen: Wir werden diese parlamentarische Kontrolle nutzen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Vizepräsident Ernst:

Das Wort hat Herr Abg. Pawlik.

Pawlik (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß diese Debatte über die Abfallpolitik in Hessen bisher zu den Debattenbeiträgen, die seit Anfang Juni bei verschiedenen Gelegenheiten in diesem Hause gebracht worden sind, zumindest von den Oppositionsfractionen her absolut nichts Neues gebracht hat.

(Zuruf des Abg. Wilke (F.D.P.))

Sie haben mit anderen Worten, vielleicht etwas ruhiger im Ton, versucht, Aspekte der Unruhe auch von hier aus im Land zu verbreiten, wie Sie es vor Ort in den verschiedenen Gebietskörperschaften schon praktizieren.

(Wilke (F.D.P.): Ruhe ist die erste Bürgerpflicht, damit keiner etwas merkt!)

Herr Wilke, wenn wir hier debattieren, dann kommt es auch darauf an, sehr sorgfältig, sehr präzise vorzugehen, weil allein schon durch die Wortwahl ganz entscheidende Dinge bewirkt werden können. Wenn Sie hier davon sprachen - ich unterstelle, daß das kein Versprechen war -, daß die Landesregierung den Planfeststellungsbeschuß für Messel aufgehoben habe, so ist dies schlichtweg falsch. Aufgehoben wurde der Sofortvollzug. Man muß auch sagen, daß das Planfeststellungsverfahren noch nicht rechtskräftig ist. Sie und Ihre Fraktion müßten wissen, daß dieses Planfeststellungsverfahren in zweiter Instanz beim Verwaltungsgerichtshof in Kassel anhängig ist.

Vizepräsident Ernst:

Herr Abg. Pawlik, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Wilke?

(Pawlik (SPD): Ja, gern!)

Wilke (F.D.P.):

Herr Kollege Pawlik, ich will das gleich mit der Zwischenfrage klarstellen. Aufhebung der Anordnung zum Sofortvollzug des Planfeststellungsbeschlusses für die zentrale Abfallbeseitigungsanlage Grube Messel lautet der Be-

schluß. Meinen Sie nicht, daß meine Interpretation richtig ist, nämlich daß die Landesregierung mit dieser Entscheidung den ersten entscheidenden Schritt zur endgültigen Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses getan hat, so wie es zwischen GRÜNEN und SPD vereinbart worden ist?

Pawlik (SPD):

Durchaus.

(Wilke (F.D.P.): Na also!)

Ich würde Sie bitten, Ihre Ausführungen im Protokoll nachzulesen. Nicht nur bei mir, sondern auch bei Kollegen ist der Eindruck entstanden, daß Sie sich in der Tat darauf konzentriert haben, statt von der Aufhebung des Sofortvollzugs von der Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses zu sprechen.

Sachliche Voraussetzungen der Abfallbeseitigungspolitik haben sich nicht geändert, hat der Kollege Wilke hier erklärt. Lediglich die politischen Voraussetzungen hätten sich geändert. Herr Kollege Wilke und meine Damen und Herren von der F.D.P.-Fraktion, die sozialliberale Bundesregierung hat in den Jahren von 1975 bis 1982 rund 250 Millionen DM aufgewandt, um verschiedene Formen der Abfallwirtschaft weiterzuentwickeln.

Vieles von dem, worauf wir heute aufbauen können, beruht auf dieser Forschungsunterstützung und dieser praktischen Unterstützung in den Gebietskörperschaften von denen, die sich als Praktiker bereit erklärt haben, die verschiedenen möglichen Modelle getrennter Sammlung und Wiederverwertung voranzutreiben. Wir haben auf der Grundlage dieser durchaus von unseren beiden Parteien im Bundestag damals gemeinsam getragenen Politik heute den Tatbestand festzustellen, daß wirklich tragfähige Voraussetzungen für den Aufbau einer Abfallwirtschaft geschaffen worden sind. Wir haben nicht nur diese Voraussetzungen geschaffen, sondern es kommt ja in der Diskussion auch immer das Argument: Diese zurückgewonnenen Abfallstoffe müssen in einem Markt absetzbar sein. Vielleicht wäre es ganz sinnvoll, sich einmal anzusehen, wie sich der Abfallmarkt, die Absatzmöglichkeiten für derartige Stoffe entwickelt haben.

Bei der Altpapierverwertung ist eine Steigerung von 2,4 Millionen Tonnen auf 3,2 Millionen Tonnen in der Zeit von 1970 bis 1981 festzustellen. Das sind also 800.000 Tonnen mehr. Bei der Altglasverwertung ist eine Steigerung von 80.000 Tonnen auf rund 600.000 Tonnen zu verzeichnen, bei der Kunststoffverwertung von rund 150.000 Tonnen auf rund 400.000 Tonnen.

Durch die von mir angesprochenen neuen Techniken - ich erwähne jetzt nur einmal den Bereich der Altpapierverwertung -, durch die neu entwickelten Entfärbungsverfahren - sicher auch finanziell unterstützt durch die Bundesregierung unter Begleitung durch das Umweltbundesamt - wird sich dieser Markt ganz erheblich ausweiten lassen.

Genau in dem Moment, in dem jetzt nicht nur die praktischen Möglichkeiten gegeben sind, sondern auch die Absatzmöglichkeiten vorhanden sind und sich ausweiten, fordert die F.D.P. mit ihrem dieser Debatte zugrunde liegenden Antrag und auch mit ihrem Diskussionsbeitrag, daß nichts geschieht, daß hier in Hessen praktisch die Hände in den Schoß gelegt werden sollen.

(Kerschgens (GRÜNE): Das Papier zu verbrennen!)

Mit diesen Formulierungen distanzieren Sie sich von einer fortschrittlichen, richtungsweisenden Politik, von

einem Stück Ihrer eigenen, in der Vergangenheit von Ihnen mit getragenen Politik. Damit hat die hessische F.D.P. in der Abfallwirtschaft die Bonner Wende eingeholt. In der Tat, Sie distanzieren sich von dem, was Sie mit uns gemeinsam betrieben haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Für eine derartige Position und für eine derartige Partei - das belegt dieses Beispiel -, die nichts mehr zur Bewegung beiträgt, ist in der Tat eigentlich kein Existenzanspruch mehr gegeben. Das sehen ja viele Bürger so.

Meine Damen und Herren, unsere Ziele in der Abfallwirtschaft - das will ich ganz deutlich sagen - sind außerordentlich ehrgeizig. Ende der achtziger Jahre soll bereits die Hälfte unseres Hausmülls einer Verwertung zugeführt werden.

(Zuruf von der F.D.P.)

- Ich bin eigentlich sehr dankbar für diesen Zwischenruf. Ich habe eigentlich darauf gewartet, daß er kommt.

Dies ist die Aussage des Bundesinnenministers Zimmermann - 50 Prozent Wiederverwertung - in einer Rede vom Mai dieses Jahres.

(Kerschgens (GRÜNE): Völlig utopisch!)

- Danke schön, völlig utopisch. - Sie stützt sich offensichtlich auf vorhergehende Aussagen ebenfalls aus dem Bundesinnenministerium. Nun fragen wir in der Debatte: Wie verhält sich die Opposition in diesem Hause dazu?

Ich darf hier noch einmal den Kollegen Kanther zitieren. Er sagte in der Debatte am 5. Juni 1984:

Alle Mittel werden wir dagegen einsetzen, die Rechts zur Verfügung stehen, um den Schaden, den Ihr Bündnis für dieses Land bedeutet, abzuwenden.

Er bezog sich dabei auch auf den Bereich der Abfallwirtschaft.

Was stimmt denn nun? Entweder das, was der Kollege Kanther sagt, oder das, was der von Ihnen getragene Bundesinnenminister Zimmermann von sich gibt. Oder halten Sie auch den Herrn Zimmermann für einen Ankündigungsminister in der Umweltpolitik?

(Badeck (CDU): Wo liegt denn da der Widerspruch, Herr Pawlik?)

Wir gehen hier für Hessen davon aus, daß eine spürbare Steigerung der Wiederverwertung von Altstoffen aus dem Müll von heute im Durchschnitt 5 Prozent - das betrifft die direkte Wiederverwertung - um etwa 25 Prozent möglich sein wird. Deshalb werden wir das hessische Abfallgesetz unter dem Gesichtspunkt einer über die bloße Abfallbeseitigung hinausgehenden Abfallwirtschaft novellieren. Wesentlicher Bestandteil der Novellierung wird ein Verwertungsgebot für Abfälle sein. Soweit dies auf Länderebene überhaupt beeinflussbar ist - da bin ich allerdings der Meinung, daß der Spielraum, den wir haben, eng ist -, muß auch an dem Prinzip der Abfallvermeidung angesetzt werden. Recycling erhält damit auch rechtlich den Vorrang vor der bloßen Beseitigung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Möglichkeit, Umweltschäden in Form von Grundwasserbelastungen und Landschaftsverbrauch so gering wie möglich zu halten, aber auch steigendes wirtschaftliches Interesse sprechen für diese Lösung. Wir knüpfen an die tägliche Erfahrung vieler Bürgerinnen und Bürger an, für die die getrennte Sammlung von Altpapier und Glas zur täglichen Praxis geworden ist. Wir wollen dieses volkswirtschaftliche und umweltpolitische Verhalten unterstützen und in unserem Lande befördern.

Mit diesen Novellierungsabsichten - das zeigt auch die Fragwürdigkeit einer Reihe der Argumente, die bisher von Ihnen kamen - befinden wir uns übrigens in Übereinstimmung mit den Überlegungen der Bundesregierung zur Vierten Änderung des Abfallgesetzes, des Bundes.

(Zuruf des Abg. Badeck (CDU))

Wir haben die gleiche Zielsetzung an diesen Stellen. - Wir stellen fest, daß wir uns auch mit Unionspolitikern außerhalb Hessens zumindest teilweise in Übereinstimmung befinden. Aber Ihrer Fraktion in diesem Hause fällt nichts Besseres ein, als diese Politik zu verteufeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD - Sturmowski (CDU): Das ist doch, schlicht gesagt, dummes Zeug!)

- Das ist typisch. Herr Sturmowski, ich habe Sie persönlich nicht angegriffen. Sie haben die Möglichkeit, sich zur Sache zu äußern. Tun Sie dies von dieser Stelle aus. Tauschen wir die Argumente aus. Aber diesen Stil sollten wir hier nicht praktizieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In seiner Regierungserklärung hat Ministerpräsident Börner - ich darf zitieren - "alle im Hessischen Landtag vertretenen Parteien aufgerufen, in einen fairen Wettstreit der Argumente einzutreten, zum Wohle unseres Landes". Er hat dabei die Opposition aufgerufen - noch einmal Zitat -, "zusammen mit uns mitzuarbeiten und mitzuhelfen an der Lösung der schweren Aufgaben".

Die schrillen Töne des Kollegen Kanther - ich nehme auf die zitierten Aussagen zur Abfallpolitik Bezug -

(Zuruf des Abg. Milde (CDU))

können leider nur als Ankündigung von Obstruktion statt konstruktiver Opposition gewertet werden.

(Zuruf des Abg. Badeck (CDU))

Ebnen Sie bitte diese schrillen Töne ein,

(Milde (CDU): Reden Sie doch nicht solch einen Unsinn!)

vielleicht nach Rücksprache mit der von Ihrer Partei gestellten Bundesregierung!

Wir brauchen auch im Hinblick auf die durch Gesetz vorgegebene Abfallbeseitigungspflicht - die Aufgabe liegt in der Kompetenz der Gebietskörperschaften - die sachliche Zusammenarbeit in diesen Fragen, die durchaus kritische sachliche Zusammenarbeit, aber die Zusammenarbeit, meine Damen und Herren.

(Wilke (F.D.P.): Dies hat doch mit sachlicher Zusammenarbeit nichts zu tun! - Gegenruf Milde (CDU): Otto, reg' Dich doch nicht so auf! Die sagen doch nie die Wahrheit!)

Die sich auch in der beabsichtigten Novellierung des Abfallgesetzes vollziehende Entwicklung von einer sich doch stark auf eine reine Abfallbeseitigung konzentrierenden Abfallgesetzgebung zur Abfallwirtschaft macht auch die Fortschreibung des Abfallbeseitigungsplanes mit entsprechenden tragfähigen Lösungen notwendig.

Ich knüpfe ganz bewußt an die Debatte an, die wir im Landtag zur Frage Müllverwertungsanlage Frankfurter Osthafen geführt haben. Erst auf der Grundlage eines novellierten Abfallgesetzes und eines überarbeiteten fortgeschriebenen Abfallbeseitigungsplanes entsteht die Rechtsgrundlage, die bisherigen Planfeststellungsverfahren aufzuheben.

Damit sind wir allerdings in einer Linie der Kontinuität, in der wir neben die jetzt vorhandene Struktur der Abfall-

entsorgung in Hessen eine neue tragfähige Konstruktion setzen. Das werden wir tun. Diesen Weg halten wir mit tragfähigen Lösungen für erreichbar und durchsetzbar, meine Damen und Herren.

Jetzt hat Herr Kollege Treber - ich darf mich an dieser Stelle auf ihn beziehen - zur Frage der Abfallpolitik den Begriff gebraucht: Verbrennen und Vergraben sind obligatorisch unvertretbar. Ich halte diese Aussage so für etwas leichtfertig und ein Stück überzogen, zumindest in bezug auf die Müllverbrennung. Es kann eigentlich nicht Aufgabe der Politik sein, sich darüber zu unterhalten, ob ein Fahrrad zwei- oder dreirädrig sein soll oder ob es ein Tandem sein darf oder nicht, sondern wir haben abfallpolitische Zielsetzungen und umweltpolitische Zielsetzungen vorzugeben. Wir haben abzuwägen, welche umweltpolitischen Auswirkungen sich aus bestimmten Techniken ergeben und ob diese vertretbar sind, das heißt, wir haben umweltpolitische Kriterien vorzugeben. Deshalb möchte ich an dieser Stelle einfach darum bitten, die Frage der Verbrennung in den Zusammenhang zu stellen.

Vizepräsident Ernst:

Herr Abg. Pawlik, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Kerschgens?

Pawlik (SPD):

Vielleicht ergibt sich das, Herr Kerschgens. Wenn das zu Ende ist, dann sofort, Herr Präsident.

Im Zusammenhang mit den von der Verbrennung ausgehenden Umweltbelastungen stellt sich die Frage, ob diese beherrschbar sind. Es gab ja einen derartigen Satz bei Ihnen. Dann können wir allerdings nicht sagen, daß wir eine bestimmte Technologie nicht wollen, sondern wir müssen formulieren: Wir wollen Emissionen, die für die Umwelt vertretbar sind und die auch wir in einer kritischen Würdigung akzeptieren können.

Ich will das einmal an der Stelle ergänzen. Wenn man Müllverbrennung mit Wärmenutzung kombiniert - das ist allerdings die Voraussetzung -, dann kann man heute für SO₂, Stickoxide und andere weit verbreitete Stoffe feststellen, daß mit dem Stand der Abgasreinigungstechnik bei Müllverbrennungsanlagen diese Emissionen geringer sind als bei einer vergleichbaren Energieerzeugung auf Steinkohle-, Braunkohle- oder auf Schwerölbasis.

Die Probleme liegen zugegebenermaßen im Bereich der Schwermetalle. Sie liegen in der noch nicht hinreichend geklärten möglichen Dioxinbelastung. Hier - das will ich auch für unsere Fraktion feststellen - kann es nicht gelten, daß wir ohne gesicherte Erkenntnisse für Verbrennungsanlagen in Hessen erklären: Dies sind im Lande Dioxin-schleudern.

Wenn wir der Überzeugung sind, daß das so ist und wir eine gleiche Situation wie in Hamburg zu befürchten haben, dann müssen wir die betroffenen Müllverbrennungsanlagen schließen. Dann dürfen wir an dieser Stelle nicht nur reden, Herr Treber. Sie sind mit der Zusammenarbeit, die wir vereinbart haben, auch ein gutes Stück in der Verantwortung.

Ich sage deshalb für mich und unsere Fraktion: Wir haben Anfang Februar gefordert, daß die Emissionssituation bezüglich gefährlicher Dioxine und vergleichbarer Stoffe in Hessen lückenlos geprüft und untersucht wird. Auf Grund dieser Forderung hoffe ich - es gibt ja eine entsprechende Ankündigung -, daß das Ministerium in diesem Monat entsprechende Untersuchungsergebnisse

vorlegen wird. Spätestens an der Stelle wäre dann allerdings zu handeln.

Noch ein Aspekt, der in der bisherigen Debatte relativ kurz angesprochen worden ist.

Vizepräsident Ernst:

Herr Abgeordneter, lassen Sie jetzt die Zwischenfrage zu?

(Pawlik (SPD): Bitte! Entschuldigung!)

Bitte sehr, Herr Kerschgens!

Kerschgens (GRÜNE):

Herr Pawlik, stimmen Sie mit mir überein, daß wir in der Verbrennungstechnik derzeit keine sichere Technologie haben, die gefährliche Schwermetalle und Dioxine unschädlich und ungefährlich macht, und wir in der derzeitigen Situation nicht auf Müllverbrennung setzen können?

Pawlik (SPD):

Herr Kerschgens, wenn Sie dies mit den Worten "in der derzeitigen Situation" verbinden, dann kann man allerdings darüber diskutieren.

Ich komme noch zu zwei Aspekten, die hier angesprochen worden sind. Zur Müllverbrennungsanlage im Frankfurter Osthafen hat der Kollege Frank gefragt: Was hat sich denn in diesem Lande geändert? Was ist denn in den zurückliegenden Jahren geschehen? Er kam dann zu dem Ergebnis, daß das Bündnis zwischen Rot und Grün an dem Dilemma der Müllentsorgung schuld sei.

(Frank (CDU): Der Pakt!)

- Der Pakt, bitte.

Meine Damen und Herren, wir haben seit einer Reihe von Jahren Schwierigkeiten mit der Abfallentsorgung in diesem Land; das ist nichts Neues. Die Verantwortungen sind ja geteilt. In den Kommunen stehen Sie in weiten Bereichen in der Verantwortung, auf der Landesebene stehen wir in der Verantwortung, und auf der Bundesebene - was ich bewußt zitiert habe - stehen Sie wieder in der Verantwortung. Der Wetteraukreis wird doch seit 1977 nicht sozialdemokratisch geführt. Die Stadt Frankfurt und der Umlandverband werden doch seit 1977 nicht sozialdemokratisch geführt.

(Badeck (CDU): Sie verweigern doch praktisch ein Konzept!)

Ich darf Ihnen nur sagen und deutlich machen, wie kurzfristig Ihre Argumentation an der Stelle ist. Ich zitiere einmal aus der "Frankfurter Rundschau" vom 28. Juli 1981:

Trotz des drohenden Engpasses bei der Müllbeseitigung in der gesamten Region (spätestens 1985) blockte die Stadt

- gemeint ist Herr Dr. Wallmann -

weiterhin den ungeliebten Verband ab, verweigere sie zäh Information und Mitarbeit.

Dies bezog sich auf die Müllverbrennungsanlage im Osthafen. Dies hat Herr Kreling gesagt, Direktor dieses Verbandes, Mitglied Ihrer Partei, vielleicht heute in Ihrer Argumentation ein Roter oder GRÜNER.

Vizepräsident Ernst:

Herr Abg. Pawlik, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Küchler?

(Pawlik (SPD): Bitte!)

Bitte sehr, Herr Küchler!

Küchler (CDU):

Herr Kollege Pawlik, sind Sie mit mir der Meinung, daß der Atem vom 9. Januar, an dem der Umweltminister dem Ausschuß seinen Bericht vorgelegt hat, in dem eine rückhaltlose Bejahung dieser Verbrennungsanlage festgeschrieben war, bis heute noch viel kürzer ist?

Pawlik (SPD):

Herr Küchler, Sie wissen aus den Diskussionen hier, im Ausschuß und auch im Umlandverband Frankfurt genauso gut wie ich, daß dieser Bericht eine Reihe von Aspekten hatte. Die Landesregierung hat dies damals aus ihrer Sicht der Dinge bejaht. Sie hat aber auch gleichzeitig den Zeitplan im Hinblick darauf, wann die Verbrennungsanlage im Osthafen zur Verfügung stehen werde, mehr als in Frage gestellt. Jeder, der sich damit beschäftigt, muß wissen, daß diese Anlage nicht vor Ende dieses Jahrzehnts in Betrieb gehen wird und deshalb keinen Beitrag zur Entsorgung und zur Lösung der Probleme, die in diesen Jahren anstehen, leisten kann.

Lassen Sie mich noch auf den Bereich der Sondermüllbeseitigung eingehen, die Sie angesprochen haben.

(Zuruf des Abg. Badeck (CDU) - Weimar (CDU):
Deswegen können wir auch ganz darauf verzichten!)

Meine Damen und Herren, in dem Schreiben des Gesamtbetriebsrats der Hoechst AG drückt sich eine doppelte Sorge aus:

(Milde (CDU): Bei Ihnen Sorge?)

erstens die jetzige, augenblickliche Sorge um eine gesicherte, gefahrlose Abfallentsorgung; zweitens eine langfristige Sorge um eine umweltpolitisch und ökologisch gesicherte Abfallentsorgung.

Wir nehmen dieses Argument und die Gründe, die dort vorgetragen werden, außerordentlich ernst. Wenn sich jemand in diesem Landtag in der Vergangenheit eingesetzt hat, wenn es hier im Landtag um konkrete Abstimmungen über Arbeits- und Ausbildungsplätze in unserem Land ging, dann waren wir es.

(Otto (F.D.P.): Weihrauch!)

Die Hand der Kollegen von der CDU-Fraktion blieb beispielsweise beim Ausbildungsplatzprogramm unten, Herr Frank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Milde (CDU):
Sie haben verfassungswidrig ein Haushaltsvorschaltgesetz vorgelegt!)

Dies bedeutet, Herr Kollege Badeck, daß wir zur konkreten Lösung im Verbund mit Herfa und Biebesheim und der beabsichtigten Nutzung von Mainhausen unter dem Aspekt der Immobilisierung von Abfallstoffen, die dort gelagert werden, glauben, daß wir eine entsprechende Entsorgungsstruktur für dieses Land sicherstellen können.

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe innerhalb meiner Fraktion auch zu denen gehört - dies ist sehr ernsthaft diskutiert worden -, die diesen Aspekt kritisch erörtert haben. Wenn wir hier nicht an eine tragfähige Lösung geglaubt hätten, wäre es uns an der Stelle nicht möglich gewesen, dies mit zu tragen.

(Milde (CDU): Erzählen Sie doch keinen Quatsch!
Sie machen alles, wenn es darum geht, daß Sie im Amt bleiben!)

- Herr Milde, an der Stelle sage ich einmal ganz bewußt: Ich sage das ausdrücklich als jemand, der besonders

betroffen ist und auch mit Kollegen spricht, die ganz besonders betroffen sind - nicht nur hier im Landtag, sondern auch an anderer Stelle.

Vizepräsident Ernst:

Herr Abg. Pawlik, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage von Herrn Badeck?

(Pawlik (SPD): Aber gern!)

- Bitte sehr!

Badeck (CDU):

Herr Kollege, darf ich Ihre Aussage so verstehen, daß Sie, da Mainflingen wohl nicht mehr für die Kategorie II zur Verfügung stehen soll, dann alles, was an Müll der Kategorie II anfällt, nach Herfa-Neurode karren?

Pawlik (SPD):

Herr Kollege Badeck, das, was im Gespräch ist und was wir auch zwischen SPD und GRÜNEN schriftlich fixiert haben, bedeutet nicht Ausschluß von Kategorie II in Mainhausen, sondern dies heißt: Kategorie II unter bestimmten Voraussetzungen, die allerdings in der Tat anzustreben und einzuhalten sind. Genau dies habe ich versucht, deutlich zu machen: daß hier durchaus ein Lösungssystem ins Auge gefaßt ist.

(Badeck (CDU): Können Sie auch etwas über Klärschlamm sagen?)

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal zu dem Aspekt Osthafen übergehen, weil dies an einer Stelle interessant erscheint. Die Erfahrungen zeigen, daß wir neue Systeme nur da sinnvoll einsetzen können und ihnen zum Durchbruch verhelfen können, wo Investitionsentscheidungen anstehen. Jetzt stütze ich mich - es macht Spaß, auch einmal Argumente der Union zu nehmen - auf eine Presseerklärung des Verbandsdirektors des Umlandverbandes Frankfurt von Anfang dieses Jahres, wo er selber erklärt, er halte es für möglich, 200.000 Tonnen Abfälle zusätzlich aus dem Abfallanfall des Umlandverbandes einer Wiederverwertung zuzuführen.

Ich setze das in Ergänzung zur Aussage des Stadtrates Daum, zuständig für den Bereich der Abfallverwertung in Frankfurt, der erklärt, das Modell der getrennten Sammlung in Oberrad habe sich bewährt, die Absatzmöglichkeiten für derartige Stoffe seien so groß, daß man nicht nachkomme. Die Konsequenz daraus heißt: Nichts tun und warten bis 1987!

(Küchler (CDU): Das sind 18 Prozent, Herr Kollege!)

- Rechnen Sie das einmal auf die Anlage um, Herr Küchler!

(Küchler (CDU): Auf das Gesamtvolumen!)

Das bedeutet, daß an dieser Stelle in der Tat auch eine Entscheidung steht, wie der Weg weitergehen soll - ich sage das ganz bewußt -, eine Entscheidung, ob man rund eine Viertelmilliarde mit ganz erheblichen Folgekosten investiert und dazu gleichzeitig ein System der Wiederverwertung über die getrennte Sammlung aufbaut, das zusätzliche Kosten verursacht und im Endergebnis dazu führen wird, daß die teuer errichtete Anlage nur unzureichend ausgelastet sein wird.

Den Widerspruch in dieser Entscheidung muß man sehen. Das bedeutet, daß man sich in diesem Raum für den einen oder den anderen Weg entscheiden muß.

(Badeck (CDU): Darin liegt doch Ihr Irrtum!)

Lassen Sie mich noch auf einen Aspekt hinweisen, den wir in dem Zusammenhang der Abfallwirtschaft und der Abfallbeseitigung hier in Hessen auch für sehr wichtig halten. Die Problematik der Schadstoffe und der Abgase aus Müllverbrennungsanlagen ist angesprochen worden. Es wäre sicher sinnvoll, im Zeitpunkt des Entstehens den Hebel anzusetzen. Dies geht nur über Einwirkung auf Produktionsstrukturen. Dazu haben wir hier im Land nicht die Möglichkeiten; es ist bundespolitisch in der Diskussion.

Solange dies allerdings nicht praktiziert wird, werden wir nicht umhinkommen, auch über das Sammeln von problematischen Kleinmengen in diesem Land den problematischen Schadstoffausstoß in den Abgasen spürbar zu reduzieren. Es gibt ein Modell in der Stadt Kassel zusammen mit der HIM, unterstützt vom Umweltbundesamt. Ich glaube, das ist eine gute Methode, die man durchaus quer im Lande Hessen praktizieren könnte. Die Novellierung des Abfallgesetzes sollte auch auf diesen Aspekt eingehen.

(Frank (CDU): Das haben wir vor Jahren vorgeschlagen! Da hätten Sie handeln müssen!)

Lassen Sie mich mit dem Hinweis schließen: Wir haben in der Tat zusammen mit den Gebietskörperschaften die Verantwortung - wir alle -, eine gesicherte Abfallentsorgung in Hessen sicherzustellen unter Kriterien, die dem neuesten Stand auch ökologischer Überlegungen entsprechen. Wir haben dies auch deshalb zu tun, weil aus den Beispielen, wie jetzt in Georgswerder in Hamburg und an anderer Stelle in der Bundesrepublik, nicht der Schluß gezogen werden kann, daß wir denen, die nach uns kommen, Hypotheken hinterlassen, von denen man nicht recht weiß, wie diese Hypotheken abzutragen sind. Die Erfahrung der Vergangenheit lautet, daß die immensen Kosten, die dabei entstehen, letzten Endes doch vom Steuerzahler aufzubringen sind.

Ich glaube deshalb, daß das, was wir vereinbart haben und was in die Novellierung des Hessischen Abfallbeseitigungsgesetzes und in die Fortschreibung der Abfallbeseitigungspläne eingeht, diesen beiden Aspekten gerecht wird: der Sicherung der Entsorgung und der Forderung, zusätzlich zu dem jetzt erreichten Stand - ich gebe zu, Mainhausen war durchaus schon ein Stück weiter als eine Reihe anderer Einrichtungen -, einen darüber hinausgehenden Standard zu erzielen, der die Hypothek für kommende Jahre außerordentlich gering hält und der uns diese Politik als vertretbar erscheinen läßt. Wir werden dafür arbeiten.

Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ernst:

Das Wort hat Herr Abg. Wilke.

Wilke (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur noch zu ein paar Punkten Stellung nehmen.

Herr Kollege Treber, ich halte es schon für eine Zumutung, an Altlasten, Altdeponien aus den fünfziger und sechziger Jahren die Maßstäbe der Deponierung anzulegen, von denen wir ab Mitte der siebziger Jahre in Hessen ausgegangen sind,

(Treber (GRÜNE): Das ändert doch nichts an den Gefahren!)

um damit Unsicherheit zu erzeugen und den Leuten einzureden, dort gebe es Probleme. Damit schaffen Sie

das Klima, das Sie brauchen, um die Leute zu verunsichern, um Ängste zu wecken und damit Ihre Politik zu machen.

(Beifall bei der F.D.P. und bei Abgeordneten der CDU)

Auf dem Weg geht die SPD nun mit und reicht Ihnen die Hand.

(Badeck (CDU): Das ist die Absicht!)

Zu Ihnen, Herr Kollege Pawlik. Ich frage mich: Warum hat denn der bisherige Umweltminister Schneider diesen Teil Ihrer Vereinbarungen genauso behandelt wie der ehemalige Minister Reitz andere Vereinbarungen? - Weil er doch sehr wohl erkannt hat und aus seinen sachlichen Kompetenzen und seinen Unterlagen erkennen mußte, daß das, was Sie vereinbart haben, auf Illusionen aufbaut und noch nicht einmal nach dem Prinzip Hoffnung funktionieren kann.

Vizepräsident Ernst:

Herr Abg. Wilke, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kern zu?

Wilke (F.D.P.):

Im Augenblick nicht.

Herr Kollege Pawlik, es gibt doch gar keinen Zweifel, daß wir die Abfallwirtschaft ausweiten müssen, daß wir alles tun müssen, um die Müllmengen zu reduzieren. Aber alles, was bisher an Überlegungen angestellt wird, was an Untersuchungen vorliegt, kann, so optimistisch ich die Möglichkeiten einschätze, nicht dazu herhalten, die bisher vorgesehenen Kapazitäten zu verringern.

Warum brauchen wir denn Messel? Um nicht in Wicker in fünf Jahren Probleme zu schaffen. Es wäre doch jeder glücklich, wenn es erreichbar wäre, daß die Müllmengen so reduziert werden, daß Wicker die doppelte Zeit genutzt werden kann. Wir wären in Nordhessen glücklich, wenn wir den Müll aus dem Wetteraukreis nicht zu übernehmen brauchten, damit wir in Uttershausen Deponiefläche bis weit über das Jahr 2000 hinaus haben.

Wir haben große Sorge, daß am Ende wegen der Nichtentscheidung im Ballungsgebiet unsere Kapazitäten durch eine Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes für Frankfurt zur Verfügung stehen müssen. Kollege Treber behauptet einfach, dann müssen wir eben alles abschalten. Aber er sollte einmal sagen, welche Alternativen es für den Müll von morgen gibt, wie Müllentsorgung 1995 erfolgt. Da kann ich mir manches anders vorstellen als heute.

Warum kann denn die Müllverbrennungsanlage Offenbach nicht saniert werden? Weil überhaupt nicht die geringste Reserve da ist, um im Augenblick auf die Müllentsorgung über die Verbrennungsanlage Offenbach zu verzichten. Hiermit soll doch dieser Spielraum erst geschaffen werden, um tatsächlich entscheiden zu können, was die am wenigsten umweltbelastende Entsorgung ist.

Das, was Sie machen, setzt diese Entscheidung gar nicht voraus. Sie können doch auf die Anlage schon mit Rücksicht auf das Problem der Abluftreinigung gar nicht verzichten. Das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen, daß Sie diese Chance verbauen.

Ansonsten können Sie mit uns über jede Frage diskutieren, über jeden Weg, auch darüber, was bundesgesetzlich gemacht werden könnte, um die Abfallmengen zu reduzieren. Hier gibt es gar keinen Gegensatz. Aber am Ende

bleibt eine große Abfallmenge nach wie vor vorhanden, für die wir gesicherte Entsorgungsmöglichkeiten schaffen müssen.

Daß die Landesregierung in der Vergangenheit bereit war, alles dem technischen Fortschritt anzupassen, hat doch die Entscheidung zu Biebesheim gezeigt. Hier war es keine Frage von Geld, hier ist für die Verbrennung alles an technischem Fortschritt eingesetzt worden mit der Folge, daß wir die sicherste Verbrennungsanlage in Deutschland, in Europa, wahrscheinlich auch in der Welt haben. Dieser Weg muß besritten werden, aber nicht der Weg, den Sie beschreiten wollen, zu allem nein zu sagen.

Sie sagen, es gibt so viele Möglichkeiten, aber Sie haben keine einzige genannt, keine einzige belegt. Sie haben auch nicht deutlich gemacht, daß es bei jeder Entsorgung Probleme unterschiedlicher Art geben wird. Sie haben nur eines festgestellt: Das, was bisher an gesicherten Grundlagen da war, ist alles in Frage zu stellen, zu beseitigen. Sie haben nicht irgendwo den Hauch der Möglichkeit aufgezeigt, was die Alternativen sind.

(Jakob (GRÜNE): Zuhören, nicht pennen!)

Kollege Pawlik spricht davon, das sei eine gemeinsame Anstrengung, die wir machen müssen. Dann muß das gemeinsam abgesprochen werden, und es kann nicht so sein, daß der eine Partner, die Landesregierung, eine Entscheidung trifft, die alle Entscheidungen, die der andere Partner, die Kommunen, getroffen hat, sofort außer Kraft setzt. Damals haben die Kommunen Entscheidungen in Abstimmung mit der Landesregierung, im Auftrag der Landesregierung getroffen. Man kann nicht jetzt auf einmal den Kommunen sagen: Jetzt müßt ihr sehen, wie ihr damit fertig werdet.

Die logische Folge Ihres Handelns müßte sein, das Abfallbeseitigungsgesetz zu ändern und hineinzuschreiben: Zuständig für die Abfallbeseitigung ist das Land Hessen und nicht mehr die kommunale Seite. Denn bei einer solchen Landesregierung kann die kommunale Seite diese Verantwortung nicht mehr tragen.

Dann weichen Sie im Bereich Sonderabfall aus: alles nach Herfa-Neurode.

(Zurufe von den GRÜNEN: Nein! Wer sagt denn das?)

Nun ist die Deponiefläche in Herfa-Neurode sehr groß. Aber wir wenden uns dagegen, daß wenig gefährlicher Müll nach Herfa-Neurode kommt und die Deponieflächen heute in Anspruch nimmt, die wir vielleicht im Jahr 2050 noch brauchen. Denn dies kann doch keine Deponie sein, die wir in einer halben Generation füllen und nachher nicht mehr zur Verfügung haben, nur weil man nicht mehr bereit ist, andere politische Entscheidungen zu tragen, die eine gleich sichere Möglichkeit ohne Inanspruchnahme dieser Deponiefläche eröffnen.

(Zuruf des Abg. Pawlik (SPD))

Herr Kollege Pawlik, Sie sollten sich noch einmal das genau vor Augen führen, was Sie hier vorgetragen haben, und es mit dem vergleichen, was Sie mit den GRÜNEN vereinbart haben. Das, was Sie unterstellen, und das, was sich daraus ergibt, klappt so weit auseinander, daß das nicht mehr einheitlich sein kann. Aber ich habe den Eindruck, der Umerziehungsprozeß der GRÜNEN hat bei der SPD gewaltig gewirkt. Denn mit vielem übernehmen Sie jetzt die Positionen der GRÜNEN, ohne daß Sie noch einmal überprüft haben, aus welchen Gründen und auf welcher Grundlage Sie bisher Positionen der Landesregierung übernommen haben.

Es kann doch wohl nicht sein, daß für Sozialdemokraten all das, was in zehn Jahren nach Diskussionen und wissenschaftlichen Auswertungen erarbeitet worden ist, heute nicht mehr gilt und sie sich voll auf das festlegen, was grüne Ideologie ist. Das sollte auch eine Frage an die Glaubwürdigkeit der SPD sein.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU)

Präsident Dr. Lang:

Herr Weimar, Sie haben das Wort.

Weimar (CDU) (Vom Redner nicht durchgesehen):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Ablauf der heutigen Debatte war bezeichnend für den derzeitigen Zustand, in dem sich SPD und GRÜNE in der Frage der Umweltpolitik und insbesondere der Müllentsorgung befinden. Statt ein Konzept vorzutragen, das zukunftsweisend, alternativ zu dem stehen könnte, was bisher im Hessischen Landtag gemeinsam vertreten worden ist, erfahren wir hier ständig nur Negativstandortpläne, Konzepte, was in Hessen nicht gemacht werden darf. Aber das, was für das Parlament und für den Bürger draußen wichtig wäre, nämlich wie es in Zukunft gemacht werden soll, haben wir heute hier mit keinem Wort erfahren.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wie kläglich der Zustand der Hessischen Landesregierung und der sie tragenden Parteien ist, zeigt sich daran, daß zum Beispiel die Beantwortung einer Kleinen Anfrage meiner Kollegin Geschka zur Müllentsorgungskonzeption im südhessischen Raum vom Dezember 1983 jetzt bereits zum drittenmal verschoben worden ist, weil nämlich in der Landesregierung niemand sagen kann, wie das zukünftige Müllentsorgungskonzept in Hessen aussehen soll.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Während der Haushaltsdebatte habe ich gesagt, ich würde mir wünschen, daß dieser Umweltminister, der damalige Umweltminister Schneider, wegen seiner Inkompetenz in dieser Frage und wegen seiner mangelnden Durchsetzungsfähigkeit zurücktreten würde. Nun ist er nicht zurückgetreten, sondern er wurde zwangsversetzt. Aber die Atomisierung der Zuständigkeiten in der Umweltpolitik innerhalb der Hessischen Landesregierung, die Schaffung von Koordinierungsgremien usw. läßt nur Schlimmstes ahnen. Es zeigt sich, daß hier niemand verantwortlich ist, sondern daß Verantwortlichkeiten hin- und hergeschoben werden sollen, damit man sich vor konkreten Entscheidungen drücken kann.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich die einzelnen Punkte angehen. Da ist der Sondermüll. 150.000 Tonnen Sondermüll der Kategorie II fallen derzeit jährlich in Hessen an. Minister Schneider hat zum damaligen Zeitpunkt, als er gefragt wurde, zu diesem Thema gesagt, Herfa-Neurode komme dafür nicht in Frage, weil die Kapazität, insbesondere der Schächte, für die Einlagerung gar nicht ausreichend sei.

Einmal gesetzt den Fall, es würde uns gelingen, dort zusätzliche Kapazitäten für die Einlagerung zu schaffen, hätten wir trotzdem einen Zeitraum - nach meiner Einschätzung - von fünf Jahren mindestens vor uns.

(Badeck (CDU): Fünf Jahre für einen neuen Schacht!)

- Fünf Jahre für einen neuen Schacht, was sicher sehr optimistisch ist. In diesem Zeitraum wissen wir nicht, was

mit dem Müll geschehen soll. Nach Offheim kann nicht länger Müll gebracht werden. Denn diese Deponie ist nicht sicher. Wir wissen, daß hier größte Probleme bestehen. Zum 30.12. wollte die Landesregierung diese Deponie schließen. Es ist unsere feste Absicht, daß das weiter so bleibt.

Es war ja ein nahtloser Übergang vorgesehen. Mainhausen hätte zu Beginn des Jahres 1985 in Betrieb gehen sollen, und dann hätte man es sich zukünftig ersparen können, daß auf unsicheren Deponien gelagert wird. Ich sage noch einmal an dieser Stelle: Was Sie hier betreiben, ist keine Umweltschutzvorsorgepolitik, sondern ist eine Verdrängung der Probleme.

Denn nach den Äußerungen der Landesregierung und nach allen Gutachten, die uns vorliegen, wäre Mainflingen mit Abstand die sicherste und am meisten zukunftsweisende Deponie Deutschlands gewesen für die Lagerung von Sondermüll der Kategorie II.

Was wird hier in Hessen gemacht? In Hessen sagt man: Mainflingen wird nicht in Betrieb genommen. Dafür muß man es irgendwoanders lagern, wo zugegebenermaßen die Lagermöglichkeiten weit weniger sicher sind, als das in Mainflingen der Fall gewesen wäre.

Das ist keine Umweltschutzvorsorgepolitik, sondern das ist eine Verdrängung des Problems zu Lasten anderer. Der wird die CDU niemals zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Betrachten Sie einmal die Kosten, die auf das Land Hessen zukommen. Ich persönlich gehe davon aus, daß hier Schadensersatzansprüche, daß hier sonstige Ansprüche an das Land gestellt werden, die bei weit über 100 Millionen DM insgesamt liegen werden.

Wenn wir wenigstens das Geld dafür ausgaben, daß Sondermüll der Kategorie II oder die Müllentsorgung insgesamt sicherer würde. Aber das ist gar nicht der Fall. Wir bezahlen aus dem Landeshaushalt eine enorme Summe, womit wir uns Chancen für die Zukunft nehmen, und dafür wird der Müll insgesamt in Hessen und in den umliegenden Ländern unsicherer gelagert oder unsicherer beseitigt, als das bei dem bisherigen Müllentsorgungskonzept der Fall gewesen wäre. Auch hierzu werden wir keinesfalls unsere Zustimmung geben.

Ich darf noch einmal auf die Frage der Altlasten in diesem Zusammenhang zurückkommen. Herr Treber, 5 Millionen DM hatten wir im Landeshaushalt eingesetzt für die Versiegelung oder überhaupt für die Abdichtung von alten Deponien, damit wir hier Alt Schäden, die zweifelsohne vorhanden sind, angehen können. Wir haben in unseren Erläuterungen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dies nur eine Anfinanzierung sein kann.

Wenn Sie das mit den Altlasten so ernst genommen hätten, dann hätten Sie doch dem Antrag der CDU, diese 5 Millionen DM in den Landeshaushalt einzusetzen, zustimmen können. Aber so ist es doch Spiegelfechterei, was Sie hier betreiben, wenn Sie auf der einen Seite solche wichtigen umweltpolitischen Anträge während der Haushaltsberatungen ablehnen und auf der anderen Seite hier die Altlasten beklagen.

(Kerschgens (GRÜNE): Verursacherprinzip!)

Mein Kollege Kanther hat das gesagt: Das ist kleinkariertes Funktionärsgehabe, was sich hier zeigt, nämlich daß man das genauso handhabt, was man bei anderen kritisiert, daß man Koalitionsvereinbarungen abschließt und einem dann links und rechts alles egal ist, was mit Um-

weltschutz zu tun hat. Hauptsache, man kann so ein bißchen einen Zipfel der Macht ergreifen.

(Beifall bei der CDU)

Das Problem des Hausmülls ist schon angesprochen worden. Es ist doch nicht so, daß Sie jetzt Messel schließen und gleichzeitig alle Probleme gelöst haben, weil Sie Recycling betreiben. Sie wissen ganz genau, daß auch dann, wenn wir in hohem Umfang Recycling betreiben werden, die anfallenden Mengen dazu führen werden, daß die jetzt bestehenden Deponien wesentlich schneller verfüllt sind, als das bisher der Fall ist.

Wir müssen davon ausgehen, daß die jetzt bestehenden Deponien wie zum Beispiel Wicker oder der Dyckerhoff-Bruch, der in Betrieb genommen werden soll, bereits zu einem Zeitpunkt verfüllt wären, zu dem wir bei neuen Standorten noch nicht einmal die Genehmigung dafür hätten, daß dort Müll abgelagert werden kann.

(Wilke (F.D.P.): Die wir noch nicht einmal kennen!)

- Kennen und - so sage ich jetzt - eine Genehmigung hätten.

Wie stellen Sie sich das denn eigentlich vor? Umweltvorsorge bedeutet doch auch, daß wir heute die Entscheidungen treffen, die in den neunziger Jahren dann dazu führen, daß Müll in Hessen noch geordnet abgelagert werden kann. Es ist doch eine Verdrängung der Aufgabenstellung dieses Parlamentes, für die Zukunft zu sorgen. Nur, um den kurzfristigen politischen Erfolg zu haben, einen vordergründigen Kompromiß eingehen zu können, vergeuden Sie hier die Zukunftschancen Hessens dergestalt, daß Sie eine gesicherte Müllentsorgung torpedieren.

(Zuruf der Abg. Schilling (GRÜNE))

Auch das werden wir auf keinen Fall zulassen.

Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang übrigens ein Beispiel nennen. Es ist ja nicht so, daß die CDU auf der einen Seite dagegen wäre und dieses alles verhindert. Auf der anderen Seite ist es nämlich so, daß wir dort, wo die CDU kommunale Verantwortung hat, in sehr hohem Maße gerade diese Dinge betreiben. Ich darf Sie einmal darauf hinweisen, daß der von der CDU geführte Landkreis Limburg-Weilburg zwischenzeitlich sowohl eine Deponiegasanlage installiert hat als auch den Beschluß gefaßt hat, eine Recycling-Anlage auf der Deponie zu bauen. Das ist konkrete CDU-Politik, dort, wo wir in der Verantwortung sind.

(Beifall bei der CDU - Milde (CDU): Es sei denn, es wird von der Landesregierung verboten!)

Zum Schluß noch einmal ein kurzes Wort zu den Äußerungen des Herrn Treber. Herr Treber, Sie haben die Maske des Biedermannes hier eben fallengelassen.

(Anhaltendes Lachen bei den GRÜNEN)

Ich habe eigentlich gedacht, nachdem der Herr Brückner hier aus dem Parlament ausgeschieden ist, daß sich dies ein bißchen bessern würde. Ich darf dazu sagen: Agitation in bewährter kommunistischer Form, die Herr Treber hier vorgenommen hat:

(Beifall bei der CDU)

wider besseres Wissen den politischen Gegner diffamieren, Angst schüren, um damit sein politisches Süppchen zu kochen. Das ist hier geschehen.

Und da der Sozialminister hier gleich so begeistert mit einstimmt in den Chor gegen diese Äußerung, muß ich sagen: Da haben sich natürlich auch die richtigen Leute

getroffen. Daß Sie sich so richtig wohlfühlen mit Herrn Treber, das kann ich mir vorstellen. Ein Sozialminister, der hier behauptet, die CDU wolle Arbeitslose, dem kann ein grüner Abgeordneter, der sagt, die CDU wolle Krebskranke, eigentlich nur recht sein. Nur, beide sind genauso schlimm und beide werden von uns mit aller Entschiedenheit bekämpft, wenn hier eine solche Diffamierung gegen die CDU-Fraktion und die Abgeordneten dieses Hauses gerichtet wird.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen nur eines: Mit dem Konzept, das Sie hier vortragen, beziehungsweise mit dem, was Sie diesem Land verweigern, werden Sie wirklich dazu kommen, daß eine Müllkatastrophe auf dieses Land zukommen wird. Sie werden dann sicherlich längst nicht mehr in der Verantwortung sein; aber Sie werden dann zu verantworten haben, was Sie angerichtet haben. Wir werden diese Ihre Haltung bekämpfen.

Sie haben sechs Abfallberater im Hessischen Landtag eingesetzt. Ich würde sagen: Da das sowieso Planstellen für GRÜNE sind, und wenn Sie einmal etwas Konkretes tun wollten, sollten Sie diese Leute als Abfallfresser einsetzen. Die könnten ja dann ein bißchen etwas wegfuttern von dem, was an Müll hier in Hessen anfällt. Aber seien Sie sich darüber im klaren: Auch dann haben Sie noch Probleme. Nämlich dann müssen Sie mit den Abfällen dieser Abfallfresser noch fertig werden.

Danke schön!

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Präsident Dr. Lang:

Bitte, Frau Kiekheben-Schmidt!

Kiekheben-Schmidt (SPD) (Von der Rednerin nicht durchgesehen):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Forderung nach einem langfristig abgesicherten Konzept zur Müllbeseitigung ist so alt wie die Erkenntnis, daß Müll jemals ein Problem werden könnte. Auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben die Forderung nach einem solchen Konzept hier immer wieder gestellt. Die Entwicklung eines solchen Konzeptes bedarf zunächst dreier grundsätzlicher Betrachtungen, nämlich erstens Bestandsaufnahme und Prognose dessen, was noch kommt, zweitens die Findung und Festschreibung eines Zielkataloges und drittens die Planung und Umsetzung dieser Zielvorstellung in die Realität.

Ich muß an dieser Stelle nicht ins Detail gehen. Ich kann auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und auf die Ausführungen meines Kollegen Pawlik verweisen.

Eine Fähigkeit muß man jedoch zur Problemlösung besitzen - die Erfahrung zeigt, daß es der Opposition in diesem Hause hier an dieser Fähigkeit offenkundig mangelt -, die Fähigkeit, neue Erkenntnisse in alte, vielleicht zu verfestigte Meinungsbilder einfließen zu lassen, - -

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Lang:

Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Kiekheben-Schmidt (SPD):

Am Schluß, bitte! - die Fähigkeit, Prognosen zu revidieren, neue Zusammenhänge zu erkennen, und der Mut, daraus Schlüsse zu ziehen und neue Wege zu gehen.

Hat uns nicht beispielsweise Hermann Kahn ein Leben mit immer mehr Komfort und ständigem Wachstum vorausgesagt? Sind nicht etwa die langfristigen Prognosen zum Energieverbrauch in sich zusammengebrochen? Haben nicht technischer Fortschritt und neue Erkenntnisse, verbunden mit einem sich verändernden Umweltbewußtsein, dazu geführt, ja dazu gezwungen, auch in der Frage der Abfallbeseitigung neue Überlegungen anzustellen?

Hat nicht jeder, der in diesem Hause sitzt, haben nicht auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, irgendwann einmal gezweifelt,

(Zuruf des Abg. Wilke (F.D.P.))

ob das, was beispielsweise einmal mit der Grube Messel geschehen sollte, wirklich richtig war?

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abg. Wilke (F.D.P.))

Wenn Ihnen, der CDU- und F.D.P.-Fraktion, die Möglichkeit fehlen sollte, aus Erkenntnissen Schlüsse zu ziehen, dann informieren Sie sich.

(Weimar (CDU): Wir waren im Anfang sogar gegen Messel!)

- Dann sollten Sie vielleicht auch noch einmal darüber nachdenken, Herr Weimar.

(Milde (CDU): Sie waren es doch, die die gegenteiligen Fakten vorgelegt haben!)

Wenn Sie jedoch, was naheliegend ist, über genügend Informationen verfügen, Ihnen aber der Mut fehlt, daraus Schlüsse zu ziehen, dann ist dies politische Schwäche.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei den GRÜNEN)

Was von der Opposition in diesem Hause mitunter abqualifizierend als grün-rote Politik bezeichnet wird, genau das ist die Politik, die den Mut hat und die Wege aufzeigt, eine Umweltkatastrophe von vielleicht nie gekanntem Ausmaß unserem Land und seinen Bürgern zu ersparen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn Herr Kanther gedroht hat, die von der CDU geführten Städte und Gemeinden in unserem Land würden die Zusammenarbeit bei den von uns aufgezeigten Wegen zur Lösung der Problematik der Abfallbeseitigung verweigern, so zeigt dies erneut: Sie drücken sich vor der Verantwortung, noch schlimmer, Ihr ganzes politisches Wirken reduziert sich auf Obstruktion und Blockade.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Welch jämmerliche Staatsauffassung hat sich bei Ihnen breitgemacht, die Kommunen in ein Komplott der Verweigerung mit einzubeziehen!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Milde (CDU): Sagen Sie es noch einmal! Ich höre solchen Unsinn gern öfter von Ihnen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn Sie so weitermachen, wird sich irgendwann die Frage stellen, wie lange Sie in Hessen den Anspruch erheben dürfen, sich als staatstragende Partei zu bezeichnen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Milde (CDU): Beim nächsten Gesetz, das Ihnen das Verfassungsgericht aufhebt, werden wir Sie ansprechen! - Weitere lebhaftige Zurufe von der CDU)

Wir wollen den Müll nicht einfach auf Hessen verteilen, wir wollen eine möglichst abfalllose Produktion. Wir wollen, daß das, was verwertbar ist, auch verwertet wird, und wir wollen, daß das, was an Restmüll beseitigt werden muß, ohne Gefährdung unserer Umwelt beseitigt werden kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist alles andere, als das Sankt-Florians-Prinzip, von dem Sie vorhin sprachen, Herr Wilke.

Das Aufkommen allein an Hausmüll in der Bundesrepublik Deutschland ist in der Zeit von 1970 bis 1980 von zirka 22 auf 32 Millionen Tonnen gestiegen.

Präsident Dr. Lang:

Frau Kollegin, lassen Sie jetzt eine Zwischenfrage zu?

Kiekheben-Schmidt (SPD):

Am Schluß nur, bitte.

Das Aufkommen an Industriemüll stieg von 30 Millionen auf 50 Millionen Tonnen. Die genaue Zusammensetzung dieses Mülls ist oft nicht bekannt. Nicht bekannt sind mögliche Gefahren - tickende Zeitbomben, die in den Mülldeponien verborgen sind.

(Zuruf des Abg. Wilke (F.D.P.))

- Nein, ich erkläre Ihnen, warum wir dazu kommen, etwas Neues zu versuchen.

(Lachen bei der F.D.P.)

Immissionen in Boden, Wasser und Luft sind wegen möglicher chemischer Reaktionen dessen, was da in der Vergangenheit mehr oder weniger wahllos zusammengekippt wurde, nicht vorhersehbar gewesen. Bislang bekanntgewordene Giftmüllskandale sind mit Sicherheit nur die Spitze eines Eisbergs.

Die Vielzahl giftiger Abfälle, die in unserem Land lagern, an bekannten und an unbekanntem Orten, gefährdet unsere Umwelt, unser Leben und das unserer Kinder vielleicht für Generationen. Das ist der "sichere Boden", von dem Herr Gerhardt gestern in der Debatte sprach.

(Dr. Gerhardt (F.D.P.): Sie haben es bis vor wenigen Wochen auch noch so gesehen wie wir!)

- Wir sind noch in der Lage, umzudenken.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Das, was meine Partei als Regierungsvereinbarung zur Abfallwirtschaft getroffen hat, zeugt von Verantwortung.

(Lachen bei der F.D.P. - Zurufe von der F.D.P.)

Es zeugt von Mut, zur Rettung unserer Lebenschancen auch Umbequemlichkeiten in Kauf zu nehmen.

(Beifall der Abg. Schilling (GRÜNE))

Es zeugt von unserer Fähigkeit, politische Entscheidungen nach sachlichen Notwendigkeiten und nicht nach alten Ideologien zu treffen und zu tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der F.D.P.)

Nicht das Ausweisen neuer Flächen zum Abkippen von immer mehr und vielleicht immer gefährlicherem Müll löst das Problem. Wir müssen neue Wege gehen, und ich bin sehr froh, daß wir das tun. Ich bin froh darüber, daß wir mit dieser Politik in Hessen ein Signal setzen. Ich freue mich darüber, daß wir den propagierten Müllnotstand in Hessen nicht hinnehmen, sondern ihn angehen, selbst auf die Gefahr vorübergehender Engpässe hin.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Schnabel (SPD))

Auf einem begrenzten Planeten gibt es keine unbegrenzten Ressourcen, auch kein unbegrenztes Wachstum. Ebensowenig gibt es unbegrenzte Möglichkeiten des Wegwerfens, genauso wenig unbegrenzte Sicherheit in Planfeststellungsverfahren, die vor zehn Jahren nach damaligem Wissensstand eingeleitet wurden.

Die SPD-Fraktion ist bereit, sich ihrer Verantwortung für die Menschen in diesem Land zu stellen, und wir sind bereit, die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist es auch, was meine Fraktion von der CDU-Fraktion und von der F.D.P.-Fraktion unterscheidet.

Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Lang:

Das Wort hat Herr Staatsminister Clauss.

(Oh! bei der CDU - Möller (Marburg) (CDU): Der Super-Minister!)

Clauss, Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den letzten Tagen, bis in die Stunden dieser Debatte, haben mich sehr viele Glückwünsche aus dem Lande erreicht.

(Frank (CDU): Neuer Anfang!)

Viele haben mir gratuliert, auch quer durch die Fraktionen im Landtag habe ich Glückwünsche entgegennehmen können. Ich denke, daß spätestens die Debatte heute vormittag deutlich gemacht hat: Ich kann es brauchen. Diese Debatte gibt mir zum erstenmal die Gelegenheit, mich bei allen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haus, aber auch bei allen draußen im Lande sehr herzlich zu bedanken für die Glückwünsche, die mir anlässlich der Übernahme dieser zusätzlichen Aufgabe im Ministerium zugegangen sind.

(Beifall bei der SPD)

Diese Debatte ist bisher nicht nur sehr differenziert und sehr sachlich geführt worden. Ich will ganz offen sagen, daß ich ohnehin immer die Gewißheit gehabt habe, daß die beiden Fraktionen, die die Regierung tragen, sachlich, fachlich und sehr differenziert darüber diskutieren.

Nein, ich habe sogar gegenüber den Debatten, die ich nachgelesen habe, den Eindruck gehabt, daß heute auch Herr Kollege Wilke und Herr Kollege Weimar in Teilbereichen viel differenzierter diskutiert haben, als das noch anlässlich der Aktuellen Stunde der Fall war, bei der damals schon der Versuch unternommen wurde, den Antrag, den wir als Grundlage der Debatte hatten, zu diskutieren.

Es war nicht nur für mich persönlich wohltuend, das festzustellen, sondern es hat mir auch die Gewißheit gegeben, daß offensichtlich doch das Setzen von neuen Fakten auch die fachlich zuständigen Kollegen in anderen Fraktionen veranlaßt, nicht nur differenziert darüber nachzudenken, sondern - ich glaube, das ist wichtig und sollte positiv unterstrichen werden -, daß sich auch dort langsam Bildungsprozesse in Gang setzen und zusätzliches Problembewußtsein entsteht. Ich finde, das ist gut so.

Eines möchte ich aus der Debatte besonders erwähnen. Für mich war tröstend, was Herr Kollege Frank hier gesagt hat, und das will ich als zweiten Punkt erwähnen. Zu der neuen Konstruktion, die wir jetzt gefunden haben, bei der der Umweltschutz nicht mehr nur in einem Mini-

sterium konzentriert ist, sondern als eine Querschnittaufgabe für alle Verantwortungsbereiche gesehen wird, wo er manchmal im Vordergrund stehen muß, hat er gesagt, künftig werde kein Minister mehr zurücktreten, sondern es werde lediglich eine Veränderung im Kabinettsausschuß geben. Es tröstet mich, daß Sie angesichts dieser Problematik gleich am ersten Tag so freundlich zu mir sind.

Sie wissen, daß ich diese Aufgabe vor zwei Tagen übernommen habe. Es wäre vermessen, bereits heute fachlich auf alle Punkte einzugehen. Ich hoffe auf ein bißchen Fairneß der Kolleginnen und Kollegen aus den Fraktionen gegenüber demjenigen, der diese Aufgabe in der Regierung neu übernommen hat. Ich verspreche Ihnen, die hundert Tage nicht voll in Anspruch nehmen zu wollen, aber Sie sollten dem, der jetzt diese Aufgabe wahrzunehmen hat, ein bißchen Vorlauf geben.

Dies vorausgeschickt, möchte ich auf ein paar Punkte eingehen.

Anläßlich dieser Debatte, die mir zum erstenmal die Möglichkeit gibt, zum Thema Umweltschutz etwas zu sagen, möchte ich vorweg Ängste, die aufgekommen sind, von vornherein im Keim ersticken. Sie können davon ausgehen - das hat bereits der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung hinlänglich zum Ausdruck gebracht -, daß der Umweltschutz künftig kein Anhängsel des Sozial- und Arbeitsministeriums sein wird. Ganz im Gegenteil.

Der Umweltschutz wird einer der Schwerpunktaufgaben sein. Ich sehe eine große Chance darin - das hat auch die Debatte heute vormittag, denke ich, sehr deutlich gezeigt -, daß wir die beiden Bereiche Arbeit und Umwelt zusammenfassen, die ja in sehr engem Zusammenhang zu sehen sind. Es geht ja um die Erhaltung von Arbeitsplätzen, allerdings solcher, die wir auch unter Arbeitssicherheits- und unter ökologischen Aspekten vertreten können.

Gleichzeitig wird der Umweltschutz mit dem Bereich Gesundheit zusammengebracht. Hier gibt es nicht nur sehr enge Berührungspunkte, sondern auf die Dauer können wir nur über einen gründlichen Umweltschutz die Voraussetzungen für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und auch für die Gesundheit unserer Bevölkerung schaffen.

Insoweit darf ich gegenüber allen, insbesondere gegenüber den Kollegen von der Presse, die Versicherung abgeben: Der Umweltschutz wird kein Anhängsel, sondern ein wichtiger Schwerpunkt und eine wichtige Aufgabe im neu strukturierten Ministerium und für die gesamte Landesregierung sein.

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege Weimar hat in der Aktuellen Stunde am 11. April 1984 einen Satz geprägt, den ich noch einmal in Erinnerung rufen möchte. Er hat damals gesagt, der Ausstieg der SPD aus einer geordneten Abfallbeseitigung in Hessen sei durch die Vereinbarung - und ich setze jetzt gedanklich fort: auch durch die Regierungserklärung, die der Ministerpräsident abgegeben hat - vorgezeichnet.

Meine Damen und Herren, genau das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen nicht aus einer geordneten Abfallbeseitigung aussteigen, sondern die Vereinbarung und auch die bisher geführte Debatte haben deutlich gemacht, daß wir einen Einstieg wagen wollen in eine noch sicherere und noch geordnetere Abfallbeseitigung, als es bisher der Fall war, auch deshalb, weil wir hier neue Erkenntnisse und neue Grundlagen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ein Zweites sagen. Es ist keine Industrie-feindlichkeit, die die beiden Parteien prägt, die diese Regierung unterstützen. Ich meine vielmehr, daß wir Industriestandorte in Hessen und überhaupt Industrie in verdichteten Regionen wie in der Bundesrepublik Deutschland auf Dauer gesehen nur dann gewährleisten und aufrechterhalten können, wenn die noch vorhandenen Widersprüche zwischen Arbeit und Umweltschutz, zwischen Ökologie und Ökonomie aufgelöst werden, wenn ein Versöhnungsprozeß eingeleitet wird, so daß beides möglich ist: daß wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und trotzdem in der Lage sind, unsere Menschen zu beschäftigen und zukunfts-trächtige Investitionen zu leisten,

(Zuruf der Abg. Schilling (GRÜNE))

neue moderne Technologien zu entwickeln und dadurch überhaupt Industriestandorte möglich zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die jetzt eingeleitete Politik beinhaltet - das ist von allen Rednern gesagt worden - natürlich auch Risiken. Aber sie hat nach meinem Dafürhalten mehr Chancen als Risiken, weil wir über einen konsequenten Umweltschutz in der Lage sind, nicht nur Arbeitsplätze zu sichern, sondern auch neue zu schaffen. Auf Grund der Technik, die wir dazu benötigen, sind wir außerdem in der Lage, intelligenter Produktions- und Arbeitsplatzbereiche zu entwickeln.

Ich denke, es ist doch für uns alle - insoweit sind ja die Ereignisse der letzten Wochen ganz wichtig, auch für den Prozeß des gemeinsamen Nachdenkens - ein interessanter Vorgang gewesen, der sich in Hamburg abgespielt hat. Ich spreche damit die Schließung des Werkes Boehringer an.

Ich will es ganz offen sagen: Ich hatte gedacht, die Republik würde aufheulen, wenn dort Arbeitsplätze wegfallen und ein ganzes Industrieunternehmen geschlossen wird. Nichts davon war der Fall. Ganz im Gegenteil: Selbst konservativste Blätter - das ist ja bereits in der Debatte zur Regierungserklärung von verschiedenen Sprechern zum Ausdruck gebracht worden - haben gesagt: warum nicht schon viel früher?

Das muß doch für uns alle gemeinsam ein Signal sein. Das sage ich vor allen Dingen auch denjenigen, die aus dem gleichen Bereich kommen: Schorsch Badeck und Kollege Frank kommen ja von den Farbwerken Hoechst. Es ist bereits auf das Fernschreiben hingewiesen worden, das an den Ministerpräsidenten und an mich gegangen ist.

Wir nehmen die Ängste der Arbeitnehmer dort nicht nur sehr ernst und greifen sie auf, sondern wir müssen den Arbeitnehmern auch in hessischen Chemiebetrieben sagen: Weil wir euch das Schicksal von Boehringer ersparen wollen, daß plötzlich ganze Werke geschlossen werden müssen, weil wir keine Umweltvorsorge getroffen haben, deswegen haben wir diese Vereinbarung getroffen, damit die Voraussetzungen dafür gegeben sind, daß eure Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen werden können.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Dies ist ein radikaler prinzipieller Ansatz. Aber auf Dauer gesehen, auch perspektivisch gedacht, handelt es sich um einen richtigen Ansatz, weil es dazu, soweit ich das bisher erkennen kann, überhaupt keine Alternative gibt. Deswegen wird hier keine Politik der Industrie-feindlichkeit und der Arbeitsplatzbeseitigung betrieben, sondern - -

(Kanter (CDU): Vernichtung!)

- Herr Kollege Kanther, ich wäre sehr dankbar, wenn wir uns wirklich ernsthaft mit dieser Angelegenheit auseinandersetzen könnten. Sie wissen doch auch genau - das hat der Zwischenruf des Kollegen Weimar ja gezeigt -, daß es hier gar nicht um die Frage von Messel und Mainflingen geht. Die CDU war vielmehr gegen Messel und die CDU vor Ort ist heute noch konkret gegen Mainflingen. Es geht Ihnen jetzt schlicht darum, den Versuch zu unternehmen, über die Diskussionen zum Umweltschutz und zur Abfallbeseitigung die jetzt gerade zustande gekommene Regierungsmehrheit zu hebeln. Das heißt, es geht Ihnen doch gar nicht um die Sache, sondern Sie nehmen die Sache nur als Vehikel, um ganz andere Ziele zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist die Tragik in dieser Angelegenheit. Es wäre ganz gut, wenn wir uns ernsthaft über die Sache auseinandersetzen könnten, weil es sich lohnt, in der Sache und um die Sache nicht nur zu streiten, sondern gemeinsam zu ringen, um einen gemeinsamen Weg gehen zu können.

(Kanther (CDU): Sagen Sie doch einmal etwas!)

- Aber, Herr Kollege Kanther, wenn es richtig ist, was Ihre Redner bisher gesagt haben - Sie waren ja nur zeitweilig hier; deswegen will ich es Ihnen in Erinnerung rufen -, daß die Fragen des Umweltschutzes Probleme betreffen, die über eine Legislaturperiode hinausreichen, und wenn Sie Opposition richtig verstehen, werden Sie doch irgendwann einmal in Regierungsverantwortung kommen wollen -, dann ist es doch wichtig, daß jetzt die Weichen richtig gestellt werden,

(Beifall bei der CDU - Kronawitter (SPD): Der liebe Gott verhüte das! - Zuruf von der CDU: Das Chaos wieder in Ordnung bringen!)

damit dann, wenn Sie die Regierung übernehmen, das bereits geschehen ist.

(Kanther (CDU): Beim letztenmal haben Sie uns den Finanzmüll hinterlassen, diesmal wird es der Industriemüll sein!)

Ich möchte auf den Diskussionsbeitrag des Kollegen Wilke eingehen; er hat zu Beginn die Rechtsfragen angesprochen. Herr Kollege Pawlik hat bereits die Gelegenheit wahrgenommen, das ein wenig richtigzustellen. Herr Kollege Wilke hat versucht, seine Position noch einmal durch eine Zwischenfrage zu verdeutlichen.

Herr Kollege Wilke, ich will Ihnen folgendes sagen: Das, was Sie im Hinblick auf Messel gesagt haben, ist nicht richtig. In Messel ist lediglich der Sofortvollzug ausgesetzt worden; aber der Planfeststellungsbeschuß ist nicht aufgehoben.

(Zuruf von der CDU: Das kommt noch!)

Ich halte das für wichtig und notwendig. Sie wissen, daß das noch in der zweiten Instanz anhängig ist.

Vizepräsident Kern:

Herr Minister, gestatten Sie eine Frage des Abg. Wilke?

(Minister Clauss: Bitte schön, Herr Kollege!)

Wilke (F.D.P.):

Herr Minister, noch einmal dieselbe Frage, die ich an den Kollegen Pawlik gestellt habe, um sicherzustellen, daß Sie nicht auf der Grundlage falscher Fakten diskutieren.

Aufhebung der Anordnung zum Sofortvollzug des Planfeststellungsbeschlusses für die zentrale Abfallbeseitigungsanlage Grube Messel - das ist der Teil, der bisher vollzogen ist. Ich habe geschlußfolgert, daß dies der erste

Schritt zur endgültigen Aufhebung des gesamten Planfeststellungsbeschlusses ist, um die Vereinbarung zwischen GRÜNEN und SPD zu realisieren. Das ist doch wohl richtig?

Clauss, Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales:

Nein, das ist so nicht richtig, sondern das ist die Voraussetzung dafür, daß jetzt in Messel nicht weitere Fehlinvestitionen vorgenommen werden können, wenn wir in der Tat am Ende zu dem Ergebnis kommen: Man kann auf Messel ganz verzichten, weil wir die Alternativen so realisieren können, wie wir es uns vorgenommen haben. Das ist der Tatbestand. Der Planfeststellungsbeschuß bleibt im Verfahren und ist jetzt zweitinstanzlich anhängig. Entscheidend ist nur, daß dort jetzt nicht Schritte vorgenommen werden können, die uns noch weiter in Tatbestände treiben, die dann nicht mehr reparabel sind. Wir haben ja nicht zuletzt auch die Verpflichtung, Schaden vom Lande abzuwenden, nämlich dafür zu sorgen, daß entsprechende Investitionen, die jetzt auf Grund der bisherigen rechtlichen Gegebenheiten vorgenommen werden könnten, nicht erfolgen. Deswegen besteht schon ein großer Unterschied zwischen Ihrer Einschätzung und dem, was vereinbart wurde, und dem, was Sie jetzt versuchen, durch eine zweite Zwischenfrage hier festzulegen.

Vizepräsident Kern:

Herr Minister, gestatten Sie noch zwei Fragen, eine des Abg. Dr. Jung? Herr Wilke möchte auch noch eine Frage stellen.

Clauss, Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales:

Herr Präsident, ich bin gern bereit, am Ende auf die Zwischenfragen einzugehen. Ich möchte aber jetzt gern meinen Gedanken geschlossen vortragen, auch mit Blick auf die Uhr.

Ich habe Verständnis, daß die Kollegen jetzt noch Fragen haben. Aber vielleicht können wir, soweit ich dazu näher nicht in der Lage bin, das im Ausschuß vertiefen. Insoweit bitte ich um Verständnis.

Ich will den zweiten Punkt aufgreifen, auch im Hinblick auf die rechtliche Problematik, auf die die Kollegen Frank und Weimar hingewiesen haben. Ich glaube, Herr Kuchler hat durch einen Zwischenruf im Hinblick auf die Frage Mainflingen versucht, das deutlich zu machen.

Auch dort ist es nicht so, daß die Frage des Fertigstellungstermins auf die Vereinbarung zwischen GRÜNEN und SPD oder auf die Schritte der Landesregierung zurückgeht. Sie wissen, daß das prozeßanhängig ist. Im Rahmen dieses Prozesses hat das Gericht geäußert, daß es davon ausgehen kann, daß die Landesregierung im Moment nichts anderes unternimmt. Deswegen wird die Frage, wann Mainflingen fertig wird, nicht durch entsprechende Handlungen und Vereinbarungen zwischen den GRÜNEN und der SPD sowie der jetzigen Landesregierung tangiert, sondern das liegt ausschließlich in den Händen des Gerichts.

Ich will auf den zweiten Aspekt eingehen, Herr Kollege Wilke. Das sage ich an alle Kollegen gerichtet, insbesondere an die CDU und die F.D.P., die zur Zeit ja auch versucht, auf dem Gebiet zusammen mit den GRÜNEN etwas zu hebeln. Im Hinblick auf die Rechtssicherheit und die Verbindlichkeit von Planung war das für mich eine nicht glaubwürdige Darstellung.

Herr Kollege Wilke, wie ist das denn zur Zeit mit dem Krankenhausplan, ein Vorgang, mit dem wir uns schon

über mehrere Plenarsitzungen hin beschäftigen, der seit 1972 rechtsverbindlich ist und bei dem die konkreten Einzelheiten, um die es hier geht, sogar gerichtsanhängig sind? Das Parlament diskutiert ständig über Einzelfragen, was sein gutes Recht ist, und stellt den Plan insgesamt in Frage.

Das kann man machen. Nur darf man dann, wenn das in anderen Bereichen geschieht, in denen es einem politisch nicht paßt, nicht plötzlich sagen, aber das ist doch ein sehr problematischer Vorgang - wenn man dort entsprechend eingreift beziehungsweise wenn man Planungen in Frage stellt.

(Zuruf des Abg. Wilke (F.D.P.))

- Das ist nicht der Fall, sondern der Rechtsakt, der durch den Krankenhausplan gesetzt wurde, ist auch eindeutig durch die Krankenhausgesetzgebung vorgegeben, gilt für zwei Seiten und somit für alle verbindlich. Sie können nicht nur sagen, wenn es mir politisch paßt und das opportun ist, dann argumentiere ich so, und wenn es mir politisch nicht paßt, dann argumentiere ich anders. - Ich wollte dieses parallele Beispiel nur bringen, um an Ihre Glaubwürdigkeit zu appellieren, auch im Hinblick auf die intellektuelle Redlichkeit dessen, was hier vorgetragen wurde.

Meine Damen und Herren, in dieser Debatte und in den zurückliegenden Debatten ist immer wieder der Müllnotstand an die Wand gemalt worden. Wissen Sie, mit dem Notstand ist das so eine Sache. Ich habe mich, weil ich das zeitlich und fachlich nicht verfolgen konnte, nicht immer sehr intensiv an den Energiedebatten beteiligen können.

Aber seit 15 Jahren wird der Stromnotstand an die Wand gemalt. In der Zwischenzeit wissen wir, daß wir nicht nur Kraftwerksüberkapazitäten haben, sondern daß alles, was an Planungen vorhanden war, was früher als berechtigt und begründet angesehen wurde, was gegebenenfalls als Notstand bezeichnet wurde, längst weg ist und überhaupt nicht mehr diskutiert wird. Deswegen denke ich, daß es auch Parallelen gibt zwischen den Debatten, die wir heute im Hinblick auf die Fragen Umweltschutz und Entsorgung führen, und den Energiedebatten der letzten Jahre.

(Frank (CDU): Reine Theorie, die Sie hier verkaufen!)

Es ist dann von Ihnen, Herr Kollege, und von anderen darüber gesprochen worden, wir hätten nur noch eine Galgenfrist im Hinblick auf den Hausmüll, wir müßten eine Perspektive entwickeln und über die Legislaturperiode hinaus denken.

Wir haben nicht nur über die Legislaturperiode hinaus zu denken, sondern, Herr Kollege Wilke und alle, die sich darüber Gedanken gemacht haben, mein Problem ist, seit ich mich mit dieser Frage beschäftige, was in 30 oder in 40 Jahren passiert, wenn wir mit den Deponiekapazitäten, die wir heute haben, überall am Ende sind. Dann gibt es überhaupt keine Ablagerungsmöglichkeiten, wenn wir jetzt nicht radikal die Politik betreiben, daß die Kapazitäten, die uns überhaupt zur Verfügung stehen, möglichst nur noch für das verwendet werden, was man anderweitig nicht unterbringen oder in irgendeiner Form verwerten kann.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zu dem vorhin gemachten Zuruf, wir wollten das Chaos, möchte ich sagen, daß genau das Gegenteil der Fall ist. Wir wollen jetzt die Weichen richtig stellen, damit das

Chaos, das droht, wenn wir nicht die entsprechenden Schritte einleiten, nicht eintritt. Das ist unsere Position.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß noch einmal in Erinnerung rufen - nicht weil ich Angst machen will, sondern weil ich der Meinung bin, daß dort nichts verniedlicht werden darf -, daß die Problematik der Altdeponien noch nicht gelöst ist. Das ist nicht nur Georgswerder. Das ist nicht nur Gerolsheim. Ich bin nicht so vermessen, Herr Kollege Frank, die Sicherheit zu haben, die Sie haben, daß es beim Monte Scherbelino nicht auch Probleme geben kann. Ich wohne seit 25 Jahren in Frankfurt. Aber von alten Frankfurtern, die ich gefragt habe, die die ganze Entwicklung nach 1945 mitmachen konnten, einschließlich aller Verantwortlichen quer durch alle Parteien in Frankfurt, konnte mir bisher auf meine Frage, was dort alles abgelagert worden ist und welche Probleme dort noch auf uns zukommen könnten, keine Antwort gegeben werden.

Deswegen bin ich nicht derjenige, der jetzt dort in Angst machen will, aber ich habe auch nicht jetzt schon die Sicherheit, zu sagen: Das ist alles unproblematisch und ungefährlich, von dort werden keine Gefahren ausgehen.

Was ich allerdings bisher gelernt habe, ist, daß wir im Hinblick auf die Altlasten auf einer ökologischen Zeitbombe sitzen, und zwar nicht nur bundesweit, sondern europaweit, die, wenn sie nicht nur tickt, sondern zur Detonation kommt, Kosten in einem Ausmaß verursacht wird, daß das, was wir jetzt an neuer Entsorgungspolitik einleiten, ein Klacks ist gegenüber dem, was wir aufzuwenden hätten, um diese Altlasten einigermaßen vernünftig sanieren zu können.

Deswegen denke ich, daß es richtig sein muß, daß unterlassener Umweltschutz auf Dauer gesehen nicht bezahlbar gestaltet werden kann, und daß deswegen jetzt alles unternommen werden muß, damit wir uns nicht neue Zeitbomben in die Landschaft setzen. Es muß alles das, was menschenmöglich ist, getan werden, um eine Sicherheit für die Natur und für schlichtes weiteres menschliches Zusammenleben zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Kuchler, Sie haben vorhin durch Ihren Zwischenruf zum Ausdruck gebracht, daß der Atem von meinem Kollegen Schneider in Bezug auf seinen im Januar, glaube ich, vorgelegten Bericht kürzer gewesen sei als die Äußerung des Kollegen Wallmann, die er in Frankfurt gemacht hat. Natürlich kann man das so sehen. Nur, in der Zwischenzeit, von Januar bis heute, selbst von der Debatte in der Aktuellen Stunde bis heute, gibt es neue Tatsachen und Feststellungen. Ich denke an den Vorgang Hamburg. Ich denke nicht zuletzt an die Probleme, die damit deutlich geworden sind.

Wenn sich Hamburg bestätigen sollte, was hoffentlich nicht der Fall sein wird, brauchen wir nicht mehr über kurzen oder langen Atem zu reden, sondern wir werden morgen gemeinsam vor der Frage stehen, ob wir dann überhaupt die bestehenden Anlagen weiter betreiben und fortführen können, wenn wir nicht die technischen Voraussetzungen zur Verfügung haben, von denen wir noch gar nicht wissen, ob wir sie entwickeln können.

Hier ist doch deutlich geworden, daß das nicht nur für Dioxine, sondern auch für die gesamten Schwermetalle gilt. Ich weiß nicht, was morgen an weiteren Problemen auftritt. Dann wird der Druck auf uns gemeinsam und auch unsere persönliche Verantwortung so groß sein, daß wir feststellen müssen - was ich sehr bedauern würde -, daß auch diese technologische Möglichkeit der Entsorgung

gung für uns passé ist und wir uns wieder etwas prinzipiell Neues einfallen lassen müssen. Das Neue kann nach meinem Dafürhalten nur darin liegen, daß wir überhaupt keine Stoffe produzieren, bei denen wir nicht wissen, wie wir sie am Ende überhaupt beseitigen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist nach meinem Dafürhalten der entscheidende Schritt.

Ich stimme mit dem Kollegen Weimar überein, der gerade in der Debatte gesagt hat, daß wir langfristig Umweltvorsorge betreiben müssen. Langfristig ist nicht nur eine Legislaturperiode, sondern langfristig ist für mich, daß wir gemeinsam, ob Opposition, Regierungsfraktion oder Regierung, einen Weg gehen, der es uns erlaubt, vor uns zu bestehen und sagen zu können: Wir haben alles menschenmögliche getan, um für unsere Kinder und deren Kinder die Voraussetzungen zu schaffen, daß auch sie in unseren Breitengraden noch eine lebenswerte Natur und somit auch die Voraussetzung für Arbeitsplätze vorfinden.

Meine Damen und Herren, da ist zur Zeit eine rasante Entwicklung im Gang, ein rasanter Umbruch, nicht nur im Hinblick auf die technischen Möglichkeiten, sondern vor allen Dingen auch im Hinblick auf die Konsequenzen, die wir mit den technischen Möglichkeiten ziehen müssen. Das ist die Voraussetzung, daß wir den Abfallbeseitigungsplan ändern müssen und auch unsere Abfallbeseitigungspolitik generell neu durchdenken müssen.

Es ist sicherlich richtig, daß das, was vor Jahren noch Zukunftsmusik auf diesem Gebiet war, heute nicht nur reale Utopie ist, sondern daß wir das bereits real umsetzen können. Deswegen muß der Abfallbeseitigungsplan 1, nämlich Hausmüll und hausmüllähnliche Abfälle, fortgeschrieben werden, auch im Hinblick auf Verwertungstechniken und höhere Verwertungsquoten, die wir jetzt möglich machen können.

Bei dieser Fortschreibung muß vor der Beseitigung, wie auch immer technisch gewählt, die Verwertung von Abfällen Vorrang haben. Zur Zeit werden 5 Prozent des gesamten Volumens an Hausmüll verwertet. Dieser Prozentsatz kann nach meinem Dafürhalten kurzfristig erhöht werden. Es gab hier in der Diskussion Zahlen, die bis zu 50 Prozent gehen. Ich selbst will das nicht abschließend würdigen, aber ich denke, daß wir mit kurzfristigen Maßnahmen in der Lage sind, mindestens 25 bis 30 Prozent der jetzt noch notwendigen Deponiekapazität dadurch überflüssig zu machen, daß wir der Verwertung Vorrang vor der Beseitigung einräumen.

Meine Damen und Herren, daß dies keine Utopie ist, wird schon in der konkreten Politik deutlich. Bei Durchsicht der Presseauschnitte des gestrigen Tages sind mir zufällig zwei Meldungen in die Hand gefallen. Diese deuten darauf hin, daß das, was wir hier diskutieren, nicht nur Theorie ist, sondern in der Praxis bereits umgesetzt wird.

„Darmstädter Echo“ von gestern: Stadt will Hausabfälle getrennt einsammeln für den gesamten Bereich Darmstadt; Versuch war erfolgreich. Müll soll getrennt eingesammelt werden im Biedenkopfer Land, im Hinterland.

Das heißt also, die Leute draußen sind schon viel weiter, während wir hier noch in der Diskussion ein Schattenboxen veranstalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, es wäre unsinnig, aufwendige Investitionen in nicht ganz gesicherte Deponiekapazität-

ten vornehmen zu wollen, wenn man gleichzeitig diese Mittel für Investitionen sinnvoll in Vorhaben zur Verwertung einsetzen kann. Deswegen bin ich sehr dankbar, daß bei der Haushaltsberatung ein erster Schritt getan wurde, indem 7,5 Millionen DM für Gemeinden und Gemeindeverbände und 7,5 Millionen DM für Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Sie sehen also - weil vorhin Ideologie unterstellt worden ist - das geht völlig ideologiefrei, indem wir sagen: Der, der es am besten und am schnellsten optimal machen kann, soll auch entsprechend gefördert werden.

Im Haushalt 1984 stehen 15 Millionen DM zur Verfügung; für den Haushalt 1985 sind immerhin 30 Millionen DM an Verpflichtungsermächtigungen und im Haushalt 1986 50 Millionen DM vorgesehen. Das heißt, insgesamt stehen 95 Millionen DM zur Verfügung. Das ist eine Perspektive, die nicht nur ermutigend ist, sondern, wie ich unterstreichen will, auch unter den veränderten finanzwirtschaftlichen Gegebenheiten, die wir vorfinden, gesehen werden muß.

Wir müssen einen weiteren Schritt gehen; das ist die Frage, ob es uns gelingt, über die konkreten Ansätze in Kassel zur Schaffung von Recycling-Zentren hinaus das gleiche in Mittelhessen und in Südhessen zu tun. Auch da denke ich, daß wir gemeinsame Anstrengungen unternehmen müssen, daß es neben dem getrennten Einsammeln auch weitere Möglichkeiten des Abfall-Recycling im weitesten Sinne geben muß.

Herr Kollege Wilke, wenn es, wie Sie vorhin gesagt haben, keine Standorte gäbe, um entsprechende Kompostierungsanlagen zu schaffen

(Wilke (F.D.P.): Im großen Stil!)

- im großen Stil oder im kleinen Stil -, dann gäbe es auch keine Standorte, um das, was wir kompostieren würden, entsprechend endzubeseitigen. Das ist keine Logik, die Sie hier vorgetragen haben, sondern ein Widerspruch in sich.

(Zurufe des Abg. Wilke (F.D.P.) und der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch ein paar Bemerkungen zu dem aktuellen Thema Dioxin machen, das von verschiedenen Rednern in der Debatte angesprochen wurde. Ich habe bereits auf die Problematik in Hamburg und die Veröffentlichung hingewiesen. Wir haben die Situation, daß wir bereits im März dieses Jahres ein Untersuchungsprogramm in Auftrag gegeben haben, um bei den hessischen Müllverbrennungsanlagen eine entsprechende Untersuchung der Filterstäube vornehmen zu können.

Herr Kollege Pawlik, Sie haben davon gesprochen, daß die Ergebnisse noch in diesem Monat vorliegen. Ich will mich darauf nicht festlegen, sondern ich habe mich geäußert: in den nächsten drei bis vier Wochen. Das wird hoffentlich noch in diesem Monat sein, aber zumindest im August werden wir die Ergebnisse haben. Das liegt nicht in der Macht der Landesanstalt für Umwelt und nicht am zuständigen Fachministerium, sondern schlicht an dem Institut, an das wir den Auftrag vergeben haben. Wir sind von der Zeitplanung dort abhängig.

Unabhängig von der endgültigen Auswertung der Untersuchung bei den Filterstäuben haben wir jetzt das Meßprogramm erweitert, um noch höhere Sicherheit bei den konkreten Messungen im Bereich der Abgase zu haben. Dieses Programm soll jetzt gleich als Anschlußprogramm laufen. Wir haben dann auf Grund der Ergeb-

nisse sicherlich die Gewißheit, ob wir ähnliche Lagen vorfinden, wie das in Hamburg der Fall war.

Daneben hat die Umweltministerkonferenz einen Bund-Länder-Arbeitskreis eingerichtet, bei dem nicht zuletzt über die Frage der Grenzwerte und auch der Konsequenzen für den Gesundheitsschutz diskutiert wird. Bevor dies nicht vorliegt, wird es sehr schwierig sein, eine abschließende Würdigung vorzunehmen.

Ich muß auch alle darum bitten, nicht die Ängste noch größer werden zu lassen, als sie in der Bevölkerung ohnehin schon sind. Ich halte es für nicht verantwortbar, daß wir mit den ernstzunehmenden Problemen den Menschen auch noch zusätzliche Ängste machen, sondern wir müssen sehr rational - -

(Frank (CDU): Zu den GRÜNEN müssen Sie hingucken!)

- Ich habe nicht den Eindruck, daß das allein das Problem der GRÜNEN ist,

(Frank (CDU): Was?)

sondern das, was Sie heute hier unterschwellig gemacht haben, ist genau das gleiche. Sie machen es nur ein bißchen subtiler, und die anderen reden offener darüber.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Insofern richtet sich das, was ich hier sage, nicht an die Adresse einer Partei, sondern es betrifft alle; ich will mich dabei mit einschließen.

Meine Damen und Herren, die letzte Bemerkung, die ich machen will, gibt mir sogar ein bißchen Mut: ein bißchen Mut, nicht nur jetzt das Amt mit Elan zu übernehmen, sondern auch ein bißchen Mut, in diesem neuen Amt, das ich übernommen habe, mit Ihnen gemeinsam Erfolge erzielen zu können.

In einer Untersuchung, die der Bundesinnenminister in Auftrag gegeben hat und die im April 1984 abgeschlossen wurde, ist die Bevölkerung nach den Meinungen zum Umweltschutz gefragt worden. Dabei ergab sich, daß der Umweltschutz nach wie vor nach der Problematik Arbeitsplätze und Vollbeschäftigung im Bewußtsein der Bevölkerung sehr hoch angesiedelt ist und einen sehr hohen Stellenwert hat.

In dieser Untersuchung ist aber auch gleichzeitig zutage gefördert worden, daß die Bevölkerung bereit ist, zusätzliche Lasten auf sich zu nehmen, also mehr Geld dafür zu bezahlen. Das heißt konkret, daß wir über getrennte Abfalleinsammlung, über Recycling und über entsprechend gesicherte Deponierung auch entsprechend höhere Kosten auf die Verursacher und auf die Verbraucher umlegen können.

Das gibt mir Mut, weil es mir erneut bestätigt, daß die Bevölkerung nicht nur sensibilisiert ist und die Probleme erkannt hat, sondern auch bereit ist, mit den fortschrittlich denkenden Politikern auf diesem Gebiet weitere und noch bessere Schritte zu gehen, als das in den zurückliegenden Jahren der Fall war.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, insoweit denke ich, daß der Fortschritt auch auf diesem Gebiet belohnt wird.

Herrn Kollegen Kanther und den Kollegen der Opposition zum Trost: Es wird sicherlich eine Chance sein, auf diesem Gebiet im Sinne des alten Markenzeichens Hessens wieder festzustellen: Wir sind auf diesem Sektor, wie in vielen anderen Bereichen, der Entwicklung nicht nur im Denken um einige Jahre voraus, sondern wir werden

handeln, und die Bevölkerung wird das entsprechend honorieren.

Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und des Abg. Treber (GRÜNE))

Präsident Dr. Lang:

Meine Damen, meine Herren! Auf Grund der Vorgabe des Ältestenrates muß ich jetzt die Aussprache schließen:

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichen Antrag der Fraktion der F.D.P. betreffend mittel- und langfristig gesicherte Abfallentsorgung in Hessen - Drucks. 11/1027 -. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest, mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich habe mitzuteilen, daß zwischen den Fraktionen vereinbart worden ist, eine Sondersitzung des Plenums am 30. und 31. Oktober einzuschieben; am Dienstag, dem 30. Oktober, soll nachmittags begonnen werden. Die vorgesehene Anhörung des Sozialpolitischen Ausschusses zur Drogenproblematik wird auf den 1. November 1984 verschoben.

Ich rufe jetzt **Punkt 28** auf:

Beschlußempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen - Drucks. 11/1505 -

Die Petition 77/XI soll zurückverwiesen werden. - Bitte schön!

Kanther (CDU):

Über die Petition 717/X soll einzeln abgestimmt werden.

Präsident Dr. Lang:

Dann stimmen wir zunächst über die Petition 717/X ab. Wer der Beschlußempfehlung zu dieser Petition zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen der SPD, der F.D.P. und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Beschlußempfehlungen zu den übrigen Petitionen, Drucks. 11/1505. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle einstimmige Beschlußfassung fest. - Bitte schön!

Welteke (SPD):

Herr Präsident, trotz der Vereinbarungen im Ältestenrat über das Ende der heutigen Plenarsitzung bitte ich, daß die Punkte 26 und 33 noch heute erledigt werden.

Präsident Dr. Lang:

Bitte schön, Herr Milde!

Milde (CDU):

Herr Präsident, zu Punkt 26 wird eine Debatte gewünscht.

Präsident Dr. Lang:

Bitte schön!

Blaul (GRÜNE):

Auch wir bitten, daß zu dem Punkt 26 heute eine Abstimmung stattfindet, da es sich um den Ausschlußbeschuß zu einem Termin am 6. September handelt. Daher wäre es gar nicht möglich, in der nächsten Sitzung darüber abzustimmen. Wenn man das nicht einvernehmlich regeln kann, dann bitten wir, daß eine Abstimmung darüber stattfindet.

Präsident Dr. Lang:

Herr Dr. Gerhardt!

Dr. Gerhardt (F.D.P.):

Herr Präsident, wir bitten, die Punkte 34 und 35 jetzt aufzurufen, weil die wiederholte Debatte über kleine Krankenhäuser durch eine Abstimmung über die Beschlussempfehlungen abgeschlossen werden könnte.

(Zurufe von der CDU: Ohne Aussprache!)

Präsident Dr. Lang:

Herr Welteke!

Welteke (SPD):

Herr Präsident, zu den Punkten 34 und 35 wünschen wir wiederum eine Debatte, insbesondere deshalb, weil in den ausgedruckten Unterlagen nicht der gesamte Beschluß des Ausschusses zu den beiden Anträgen wiedergegeben worden ist.

Präsident Dr. Lang:

Wir haben jetzt eine sehr interessante Situation. Wir haben im Ältestenrat festgelegt: Schluß um 12.00 Uhr mit Rücksicht auf die nordhessischen Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Jetzt wurde gewünscht, einige Punkte aufzurufen. Wir könnten das tun, soweit keine Debatte gewünscht wird. - Bitte schön!

Welteke (SPD):

Herr Präsident, ich sehe die Schwierigkeit, in der wir jetzt sind. Könnten wir uns nicht unter den Fraktionen darauf verständigen, daß die im Ausschuß vereinbarte Anhörung zur Situation des Strafvollzugs gleichwohl für den 6./7. September vorbereitet werden kann und wir den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung vertagen?

(Milde (CDU): Nein!)

Präsident Dr. Lang:

Das wird seitens der CDU verneint.

(Nitzling (SPD): Dann machen wir es als Rechtsausschuß!)

- Tut mir leid, eine Anhörung kann nur stattfinden, wenn das Plenum das beschlossen hat. Wir müssen also jetzt abstimmen. Das Plenum kann über die Empfehlung des Ältestenrates hinaus weiter tagen. Ich lasse dann darüber abstimmen, ob weiter getagt wird, damit die Geschäftslage klar ist. Danach können wir feststellen, was noch behandelt wird.

Wer dafür ist, daß wir über die Empfehlung des Ältestenrates hinaus weiter tagen, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

Es wurde mit den Stimmen der SPD, der F.D.P. und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU so beschlossen.

(Kanter (CDU): Und gegen einige Stimmen der SPD! - Dr. Gerhardt (F.D.P.): Eine halbe Stunde!)

Können wir jetzt festlegen, wie lange wir tagen?

(Zurufe)

Herr Welteke, bitte schön!

Welteke (SPD):

Ich beantrage, daß der Punkt 26 aufgerufen wird und die Sitzung nach der Beratung des Punktes 26 beendet wird.

(Lebhafte Zurufe von der F.D.P.)

Präsident Dr. Lang:

Ich lasse jetzt über diesen Antrag abstimmen. Wer dafür ist, daß nur noch der Punkt 26 aufgerufen wird und die Sitzung geschlossen wird, wenn dieser Punkt behandelt ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der F.D.P. bei einer Enthaltung aus den Reihen der GRÜNEN so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN betreffend Anhörung zur Situation des Strafvollzugs in Hessen - Drucks. 11/1534 zu Drucks. 11/1443 -

Berichterstatter ist Herr Abg. Demke.

(Zurufe)

Auf den Bericht wird verzichtet. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Kollege Meister.

Meister (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN haben einen Antrag betreffend Anhörung zur Situation des Strafvollzugs in Hessen gestellt. Mit dieser beabsichtigten Anhörung von Experten soll geklärt werden, ob die vorgesehene Errichtung der Justizvollzugsanstalten Weiterstadt und Schlüchtern sowie die Erweiterung der Anstalten Wiesbaden, Friedberg und Gießen notwendig oder entbehrlich sind.

Eine Situationsbeschreibung des Hessischen Ministers der Justiz in der Ausschußvorlage vom 28. Juni 1984 macht deutlich, daß zum Stichtag 31. März 1984 die hessischen Vollzugeinrichtungen eine Belegungsfähigkeit für 5.158 Inhaftierte hatten. Die tatsächliche Belegung betrug an diesem Tag aber 5.483 Inhaftierte, also eine Überbelegung von 325 Inhaftierten; prozentual 6 Prozent.

Bei einer Betrachtung dieser Statistik ist aber die Frage zu stellen, ob in der Belegungszahl auch die Urlauber, die auf Transport oder in Krankenhäusern außerhalb der Anstalt befindlichen Gefangenen berücksichtigt worden sind oder nicht nur die tatsächlich am Stichtag anwesenden Gefangenen.

Auffallend an dieser Statistik dürfte auch die Tatsache sein, daß im offenen Vollzug für männliche Gefangene 349 Plätze und im offenen Vollzug für weibliche Gefangene 15 Plätze, also insgesamt 364 Plätze noch zur Verfügung stehen, da sie gegenwärtig nicht belegt sind.

An dieser Stelle ist der hessische Justizminister eigentlich zu fragen, der Hessen immer als ein leuchtendes Beispiel

für den offenen Vollzug bezeichnet hat, aus welchen Gründen die freien Kapazitäten im offenen Vollzug vorhanden und somit nicht genutzt sind.

Sollte die Ursache aber darin liegen, daß nicht genügend geeignete Gefangene für den offenen Vollzug vorhanden sind, dann kann man an der Feststellung nicht vorbei, daß nicht erforderliche Kapazitäten im offenen Vollzug geschaffen wurden.

Der Ministerpräsident hatte ja in seiner Regierungserklärung dargelegt, daß der offene Vollzug in Hessen erweitert werden soll. Wofür eigentlich, wenn vorhandene Kapazitäten im offenen Vollzug nicht ausgeschöpft werden können?

Im Jahre 1982 traf der Justizminister in seiner Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion die Feststellung, daß gegenwärtig, also 1982, ein Bedarf von 1.000 Haftplätzen im offenen Vollzug erforderlich sei. In dieser Antwort heißt es aber weiter, daß bei einer in der Zukunft zu erwartenden weiteren Zunahme der Zahl der Strafgefangenen und im Hinblick auf die Zielsetzung der Vorschrift des § 10 Strafvollzugsgesetz, wonach der offene Vollzug für die dafür geeigneten Gefangenen vorrangig in Betracht kommen soll, noch weitere Haftplätze in dieser Vollzugsform benötigt werden.

Wir schreiben heute das Jahr 1984 und müssen - wie vorher festgestellt - erkennen, daß zirka 40 Prozent der Haftplätze im offenen Vollzug nicht ausgenutzt werden.

An diesem Beispiel wird doch eigentlich deutlich, wie diffus und widersprüchlich die Vollzugspolitik dieses Justizministers angelegt ist. Im Bereich des offenen Vollzuges werden Haftplätze geschaffen, die offensichtlich nicht benötigt werden, während im geschlossenen Vollzug für männliche Gefangene eine ständige und erdrückende Überbelegung besteht, die die Grenze der Zumutbarkeit sowohl für die Inhaftierten als auch für das Personal in den Vollzugsanstalten überschritten hat.

So sind nach den Angaben des Justizministers die vorhandenen 3.967 Haftplätze im geschlossenen Vollzug für männliche Gefangene am Stichtag, dem 31.3.1984, mit 4.663 Gefangenen belegt gewesen. Entsprechend der Ausschußvorlage vom 28. Juni 1984 wird nach den Angaben des Justizministers eine Ausweitung der Haftkapazität um 1.372 Haftplätze geplant.

Dieser Ausdehnung der Haftkapazität soll eine anschließende Reduzierung von 300 Haftplätzen folgen, zum Beispiel in der JVA Schwalmstadt durch Sanierungsmaßnahmen im alten Baubereich und darüber hinaus in der JVA Wiesbaden durch Umbau zweier gegenwärtiger Unterkunftsgebäude, in denen sich zur Zeit Hafträume befinden. Gar kein Zweifel, daß das Notwendigkeiten sind, um Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen, auch in den alten Baubereichen, die den Erfordernissen des Strafvollzugsgesetzes entsprechen.

Somit ist tatsächlich eine echte Kapazitätserweiterung von 1.000 zusätzlichen Haftplätzen geplant. Diese Forderung wird seit mehreren Jahren vom Justizminister vertreten. Auch die Vertreter der CDU, der SPD und der F.D.P. im Unterausschuß Justizvollzug haben in der Vergangenheit diese Forderung unterstützt.

Dafür waren und sind auch mehrere Gründe ausschlaggebend. Es war doch die gemeinsame Erkenntnis, meine Damen und Herren von der SPD, daß die seit Jahren bestehende Überbelegung zu unzumutbaren Bedingungen für Gefangene und auch für Bedienstete geführt hat. Diese Situation steht doch eindeutig im Widerspruch zum Strafvollzugsgesetz, in dem grundsätzlich der Einzelhaft-

raum als Zielsetzung vorgegeben ist. Der Haftraum soll auch eine Mindestgröße haben,

(Nitzling (SPD): Das wissen wir doch alles!)

die in Altbauten grundsätzlich und in neueren Haftanstalten durch die Überbelegung nicht gegeben ist.

Auch die Ausstattung der Hafträume ist durch das Strafvollzugsgesetz eindeutig geregelt. Denn in § 144 Strafvollzugsgesetz ist die Wohnlichkeit des Haftraums als Bedingung verankert. Mit dieser Forderung wird nicht einem Hotelvollzug das Wort geredet, sondern die menschenwürdige Unterbringung der Gefangenen verankert.

Wer heute gegen die Schaffung neuen Haftraumes polemisiert, ist doch automatisch - das geht besonders die GRÜNEN an - gegen menschenwürdige Bedingungen für die Inhaftierten im hessischen Strafvollzug.

Diese gemeinsamen Erkenntnisse, die bisher die Grundlage für die Situationsbeurteilung darstellen, sollen nun keine Gültigkeit mehr haben, nur, weil es die GRÜNEN so wollen und die SPD sich diesem grünen Willen offensichtlich gebeugt hat.

Diese von den Fraktionen der SPD und der GRÜNEN beantragte Anhörung ist ein Erguß der Vereinbarung zwischen SPD und GRÜNEN vom 21.12.1983. Dort heißt es in einer Fußnote:

Zu den umstrittenen Projekten im Rahmen des Gefängnisneubauprogramms besteht Einigkeit darüber, daß die entsprechenden Haushaltstitel so lange gesperrt bleiben sollen, bis eine Einigung erzielt werden soll.

Meine Damen und Herren, welche Einigung? Die Einigung zwischen GRÜNEN und der SPD, damit die Widerstände, die ja auf Grund der Ideologie dieser GRÜNEN gegen den Haftraumneubau bestehen, verhindert werden sollen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Vereinbarung sagt doch eindeutig, daß keine neuen Haftplätze geschaffen werden dürfen, wenn es die GRÜNEN nicht wollen. Sie von der SPD haben doch gerade in den vergangenen zehn bis zwölf Jahren immer wieder betont und auch Ihr Justizminister, daß dieser Haftraum erforderlich ist, aus menschlichen Gründen für die Inhaftierten, aus menschlichen Gründen für jene, die dort ihren Dienst verrichten müssen.

Wen soll nun das Ergebnis einer Anhörung überzeugen? Die GRÜNEN von der Notwendigkeit neuen Haftraumes? Oder aber die SPD dahin gehend, daß auf weiteren Haftraum verzichtet werden kann?

(Zuruf Schilling (GRÜNE))

So ist es auch erklärlich, daß die SPD im Rechtsausschuß mit einem Fragenkatalog unter anderem die Fragen aufwarf, inwiefern sich eine Sogwirkung von neuen Anstalten nachweisen lasse und ob die Landesregierung darüber Erkenntnisse habe, daß Strafrichter ihre Strafzumessungspraxis an der Kapazität der Justizvollzugsanstalten orientierten. Ich meine, das ist wirklich eine ganz gespenstische Fragestellung. Mit dieser Fragestellung wird doch den Haftrichtern in unserem Lande unterstellt, daß sie ihr Urteil an der Haftkapazität und nicht an Recht und Gesetz ausrichten.

(Beifall bei der CDU)

Der Justizminister antwortet auf diese Frage in seiner Ausschußvorlage, daß es darüber keine gesicherten Erkenntnisse gebe. Welche Einstellung soll eigentlich der Bürger in unserem Lande haben, in unserem Rechtsstaat

haben, wenn er vor dem Strafrichter steht und auf Grund einer derartigen Aussage die Befürchtung haben muß, daß die Strafzumessung von einem freien Haftraum abhängig sein könnte?

Herr Justizminister, zu dieser Fragestellung, die Ihnen ja von den Fraktionen vorgelegt wurde, die Sie tragen und durch die Sie ja noch auf diesem Stuhl sitzen, sind Sie eigentlich die Antwort schuldig geblieben. Sie hätten doch aus Ihrer Sicht als Justizminister entscheiden müssen, ob diese Behauptung, die doch in der Fragestellung verankert ist, zutrifft oder - im Interesse der in Ihrem Bereich zuständigen Strafrichter - eben nicht zutrifft. Da sind Sie die klare Antwort schuldig geblieben.

Im Zusammenhang mit der Überbelegung wird häufig die These vertreten und der Eindruck erzeugt, daß in der Bundesrepublik Deutschland auf Straftaten zunehmend repressiv durch Einsperren reagiert werde. Prof. Böhm, den Sie ja auch zur Anhörung laden wollen, hat in seiner Stellungnahme die Aussage gemacht, daß das nicht der Fall sei. Böhm kommt zu der Feststellung, daß noch niemals in Deutschland auf so viel schwere Kriminalität so wenig repressiv mit Freiheitsstrafen reagiert wurde wie heute.

Heute müssen nur noch 6 von 100 wegen Verbrechen oder Vergehen nach allgemeinem Strafrecht rechtskräftig Verurteilten zur Verbüßung einer Freiheitsstrafe in die Vollzugsanstalt, und nur noch 5 von 100 nach Jugendstrafrecht rechtskräftig Verurteilten in die Jugendstrafanstalt.

Prof. Böhm stellt auch klar, daß das Ansteigen der Gefangenzahlen und die damit verbundene Überbelegung der Haftanstalten in Deutschland ein generelles und nicht nur ein hessisches Problem darstellen, das in dem erheblichen Anwachsen besonders der schweren Kriminalität begründet ist. Daher ist die Frage aufzuwerfen, ob nicht zu befürchten ist, daß ein weiteres "Zurückweichen vor dem Verbrechen" zu einem weiteren Anstieg der Kriminalität führen wird.

Böhm kommt weiter zu der Aussage, daß die Strafe auch, was oft vergessen wird, die Aufgabe des Rechtsgüterschutzes durch Bestätigung der rechtstreuen Gesinnung der Bürger und durch Abschreckung der Gefährdeten hat. Prof. Böhm, der als langjähriger Anstaltsleiter in Hessen seinen Dienst getan hat und über die notwendigen Erfahrungen im Vollzug verfügt, spricht sich klar und eindeutig für die Schaffung neuen Haftraums aus. Er hält es für unvertretbar, die Gefangenen in überfüllten Anstalten mit all den daraus folgenden Unannehmlichkeiten, Gefahren und die Resozialisierung hindernden Entwicklungen sitzen zu lassen.

Auch die vage Hoffnung, man brauche irgendwann die Haftplätze nicht mehr, erscheint Böhm als schlicht indiskutabel.

Nun muß ich mich speziell an Sie von der SPD-Fraktion wenden, die Sie in den vergangenen Jahren ja immer wieder die Forderung des Justizministers Dr. Günther gestützt und untermauert haben, daß neue Hafträume erforderlich sind - nicht nur, weil alte Hafträume beseitigt werden sollen, sondern auch auf Grund gerade der Überbelegung, die die Probleme im Vollzug aufwirft. Diese Notwendigkeit wurde von Ihnen doch immer wieder betont.

Wir haben uns als Opposition dieser Notwendigkeit nie verschlossen, sondern sind im Interesse der Funktionsfähigkeit des Strafvollzugs gemeinsam mit dafür eingetreten.

Nun frage ich: Wer hat uns denn die ganzen Unterlagen vorgelegt, das ganze Material? Das waren doch Fachkräfte aus dem Justizministerium. Zweifeln Sie denn die Angaben dieser Experten aus dem Justizministerium für den Strafvollzug in einem derartigen Ausmaß an, daß Sie meinen, nun von anderswoher Experten kommen lassen zu müssen, die sich zu dieser Problematik äußern sollen?

Was haben Sie denn eigentlich für einen Justizminister, dessen Auffassung Sie immer wieder gestützt haben? Heute soll alles nicht mehr wahr sein. Heute soll es nicht notwendig sein, neuen Haftraum zu schaffen. Sicherlich, für keine Landesregierung, egal, wer ihr vorsteht, ist es ein Vergnügen, Haftraum zu bauen. Es gibt sicherlich Baulichkeiten, die uns allen bedeutend angenehmer wären. Aber wir können doch an der Realität nicht vorbeigehen, daß auch das Sicherheitsbedürfnis des Bürgers dies notwendig macht.

Präsident Dr. Lang:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende, Ihre Redezeit ist um.

Meister (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sinn oder Unsinn der Anhörung - das ist doch die Frage, die hier zu stellen ist.

(Beifall des Abg. Milde (CDU))

Ich kann Ihnen nur sagen, daß diese Anhörung völlig unnötig ist, wenn es um das Problem der Schaffung oder Nichtschaffung neuer Haftplätze geht.

Dies ist nun das Interessante: Sie erwarten, daß Experten aus allen möglichen Gegenden kommen. Diese Experten sollen sich hier zwei Tage lang hinstellen,

(Milde (CDU): Hessenkolleg!)

ohne dafür überhaupt eine Vergütung zu bekommen - dafür ist kein Geld da -,

(Milde (CDU): Ohne die hessischen Verhältnisse zu kennen!)

ohne die hessischen Verhältnisse im einzelnen zu kennen, nur wissend, daß hier wohl eine grüne Kraft vorhanden ist, innerhalb der SPD, die diese Notwendigkeiten in Abrede stellen will.

Deswegen kann es, um diese Anhörung nicht zur Farce werden zu lassen, für uns gar keine andere Entscheidung geben, als ein ganz klares und deutliches Nein zu dieser von Ihnen gewollten Anhörung zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden uns sicherlich, wenn Sie mit Ihrer Mehrheit eine andere Entscheidung treffen, nicht verweigern, dort mitzuwirken. Aber das sage ich Ihnen heute voraus: Wenn Sie eine sachgemäße Entscheidung benötigen, ob Haftraum notwendig ist oder nicht, dann brauchen Sie sich nur die Unterlagen Ihres Justizministerium geben zu lassen, und dann dürfte es eindeutig sein. Unser Nein zu dieser Anhörung besteht vollauf.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Lang:

Herr Abg. Klemm!

Klemm (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion ist davon ausgegangen, daß in der heutigen

Plenarsitzung eine Generaldebatte zum Thema der Anhörung nicht geführt werden muß. Wir sind davon ausgegangen, daß nach den Diskussionen im Rechtsausschuß und im Unterausschuß Justizvollzug insofern Einvernehmen besteht, als die CDU-Fraktion die dort getroffene Mehrheitsentscheidung akzeptieren und sich an der Anhörung beteiligen wird.

Ich will auch nicht die Generaldebatte aufnehmen, sondern lediglich die Positionen festhalten, mit denen die SPD-Fraktion in diese Anhörung hineingeht.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen: 1. Es besteht eine Überbelegung in den hessischen Strafanstalten. 2. Die Haftbedingungen in Teilen der hessischen Strafanstalten sind unzureichend. 3. Wir müssen rechtliche Maßnahmen treffen, um die Überbelegung in den Strafanstalten abzubauen. 4. Wir sind der Auffassung, daß in diesem Zusammenhang auch der Neubau von Haftanstalten erforderlich ist, ohne daß die Haftplatzkapazität insgesamt erweitert werden muß. 5. Wir wissen, daß zu dieser Frage in diesem Haus unterschiedliche Auffassungen bestehen. Gerade deshalb sind wir Sozialdemokraten bereit, über diese Frage im Rahmen einer Anhörung sachlich zu sprechen.

Mehr ist derzeit in diesem Plenum dazu nicht zu erörtern.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Lang:

Das Wort hat Herr Abg. Weghorn.

Weghorn (F.D.P.):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die F.D.P.-Fraktion stimmt der hier beantragten Anhörung zu. Ich erhoffe mir neue Erkenntnisse zur Situation des Strafvollzugs für das Parlament und, wenn ich mir das gestatten darf, auch für den Justizminister und die SPD-Fraktion.

Die Probleme des Vollzuges in Hessen sind seit Jahren bekannt und haben sich seit Jahren im wesentlichen nicht geändert. Sie bestehen in der eklatanten Überbelegung, sie bestehen zum Beispiel auch darin, daß wir in der

Bundesrepublik Deutschland und auch in Hessen zirka dreimal soviel Inhaftierte wie in anderen Ländern haben, zum Beispiel wie in den Niederlanden; sie bestehen darin, daß wir zuwenig Personal, zuwenig gut ausgebildetes, und unterbezahltes Personal haben. Wir haben in den Anstalten zuwenig schulische Förderung, zuwenig berufliche Förderung und zuwenig psychische Stabilisierung der Inhaftierten.

Diese Probleme, die schon öfter Gegenstand der Auseinandersetzung in diesem Hause waren, haben früher den Justizminister nicht zu einem reformorientierten Handeln bewegt. Er hat vielmehr Sicherheitskommissionen weiland über das Land geschickt.

Ich möchte hoffen, daß nach dieser Anhörung die Erkenntnisse über die Situation des Strafvollzuges und die Notwendigkeiten, die sich daraus ergeben, in diesem Hause mehr verbreitet sind, damit dann die Mehrheit auch die notwendigen haushaltsrechtlichen Entscheidungen treffen kann, um das entsprechende Personal und die entsprechenden Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Das erhoffe ich mir von dieser Anhörung, und insofern möchte ich für die F.D.P. ausdrücken, daß wir uns an ihr konstruktiv beteiligen wollen.

(Beifall der Abg. Wagner (Darmstadt) (F.D.P.))

Präsident Dr. Lang:

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Bericht und die Beschlußempfehlung des Rechtsausschusses, Drucks. 11/1534 zu Drucks. 11/1443. Wer dem Bericht und der Beschlußempfehlung zustimmen will, den darf ich um das Handzeichen bitten. - Danke. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU ist so beschlossen.

Wir sind am Ende der Sitzung angelangt. Ich wünsche Ihnen allen geruhsame, erholsame Sommerferien. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 12.30 Uhr)

